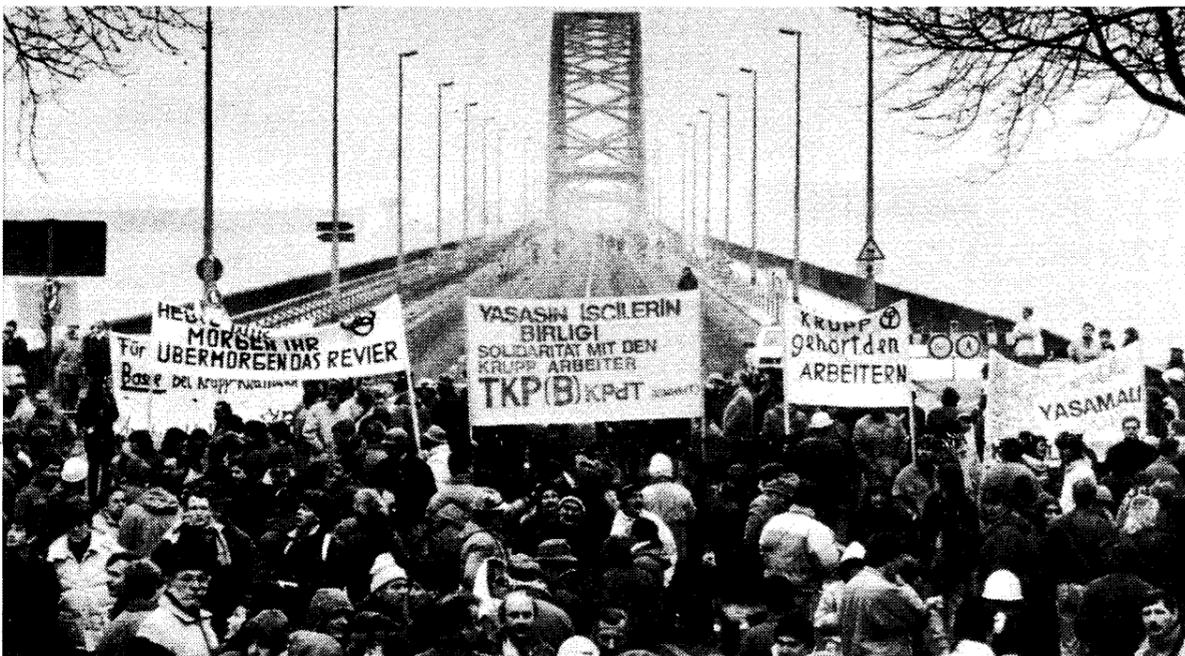


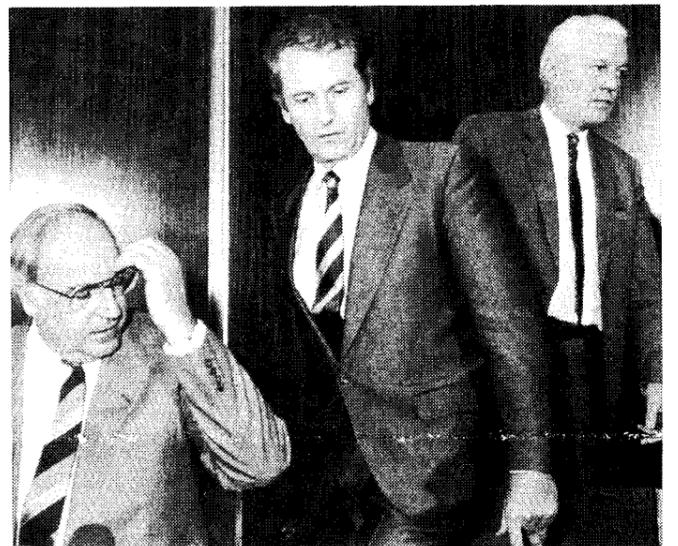


## SPD, Grüne – weder Alternative noch Opposition

# Räumt die Kohl-Bande weg durch Klassenkampf!



Der Spiegel



Der Spiegel

Das Ruhrgebiet ist ein Pulverfaß: Deutsche und türkische Stahlarbeiter sperren gemeinsam die Rheinhauser Brücke, 12. Dezember 1987. Oben: Kohl, Bartschel, Stoltenberg. Kohl-Bande im Schlamassel

Das Kohl-Regime steckt tief in einer Krise, und Westdeutschlands *relative* Prosperität und Stabilität – die durch den steilen Niedergang des US-Imperialismus unterstrichen werden – zerbröckeln. Der reaktionäre Charakter des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus spitzt sich zu in verschärfter kapitalistischer Austerität, Angriffen gegen die Arbeiterklasse und rassistischem Terror gegen eingewanderte Arbeiter und Asylsuchende, im Kontext des Kalten-Kriegs-Kurses der Imperialisten.

Im Namen des „Friedens“ rüsten die Imperialisten immer weiter gegen die Sowjetunion auf. Seegestützte Cruise Missiles ersetzen die Pershings, und die „Star-Wars“-Erstschlagspläne des US-Imperialismus werden ungebremst weiterverfolgt. Doch für die deutsche „Friedens“bewegung stellte das Reagan-Gorbatschow-Abkommen über die Mittelstreckenraketen in Europa einen großen „Sieg“ dar, innerhalb des selbstgesteckten Rahmens – dem Abzug der amerikanischen Pershing-Raketen von deutschem Boden.

Die Pershings – sechs Minuten von Moskau entfernt – stellen eine tödliche Bedrohung für die UdSSR dar, aber sie fachten auch den Aufstieg des Antiamerikanismus und des deutschen Nationalismus an. Dieser Nationalismus, der sich aus der realen weitverbreiteten Furcht nährte, das Land würde zum atomaren Schlachtfeld werden, stand hinter den massiven „Friedens“demonstrationen, die in keinem anderen europäischen Land in den achtziger Jahren ihresgleichen hatten.

Der Washingtoner Gipfel klammerte die Atomwaffenarsenale des französischen und britischen Imperialismus aus den Verhandlungen aus. Deshalb wird den Plänen einer „europäischen Verteidigung“ ein größeres Gewicht im antisowjetischen Kriegskurs zugemessen. Natürlich dominiert Westdeutschland, Eckpfeiler der NATO und stärkste Wirtschaftsmacht der EG, diese Pläne. Deutschland führt Europa, in den Sozialismus oder in die Barbarei.

Zwar ist die regierende Koalition unter Kohl mehr denn je entschlossen, Austeritätsmaßnahmen einzuführen, Sozialleistungen zusammenzuziehen und politische Opposition mit Polizeistaatsmethoden zu unterdrücken, doch ist sie zunehmend isoliert, zu tiefst diskreditiert und in sich gespalten. Sie wird immer noch vom Bartschel-Skandal verfolgt – die Aufdeckung einer Schmutzkampagne des Nazi-Verehrers und schleswig-holsteinischen CDU-Führers gegen die SPD, danach sein mysteriöser Tod einen Tag vor der Anhörung im parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu dieser Affäre. Die Kohl-Bande war durch die Person des Finanzministers Stoltenberg direkt darin verwickelt.

Die wirtschaftlichen Reibereien zwischen dem amerikanischen und dem westdeutschen Kapital haben insbesondere nach dem Börsenkrach an der Wall Street am 19. Oktober zugenommen. Washington verlangt, daß Bonn eine eher expansionistische (h. inflationäre) Wirtschaftspolitik verfolgt um die Exporte der USA in die EG zu fördern. Sie

verlangen auch, daß die Bundesbank ihre Zinssätze senkt, um die Wall Street für europäische Investoren gegenüber Frankfurt attraktiver zu machen. Das Drängen der Amerikaner, Westdeutschland solle die „Lokomotive“ werden, die die gesamte EG mitzieht, hat das austeritätsorientierte Kohl-Regime weiter geschwächt und gespalten.

### Krupp führt Klassenkrieg, SPD predigt sozialen Frieden

Die deutsche Bourgeoisie hat eine entscheidende Konfrontation mit den mächtigen Gewerkschaften hinausgezögert, die keine bedeutende Niederlage, etwa in der Größenordnung des britischen Bergarbeiterstreiks, erlitten haben. In der Vergangenheit waren die SPD/DGB-Irreführer in der Lage, als Gegenleistung für minimale Zugeständnisse die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse einzudämmen. Selbst die Streiks für die 35-Stunden-Woche im Frühjahr 1984, der massivste Arbeitskampf seit Jahrzehnten, endeten unentschieden – mit einem Kompromiß über 38,5 Stunden. Doch wird diese Art von Tauschgeschäft für die DGB-Bürokratie zunehmend schwieriger. Im Dezember war die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahresmonat um 4 Prozent gestiegen, mehr als 2,6 Millionen Arbeiter sind jetzt ohne Arbeit.

Dauerarbeitslosigkeit hat sich über die eingewanderten Arbeiter, Frauen und Jugendliche hinaus auf strategische Teile des westdeutschen Industrie-Proletariats ausgedehnt. Besonders die Ruhr wurde schwer getroffen.

In den letzten 25 Jahren wurden 70 Prozent der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie vernichtet, und für das kommende Jahrzehnt planen die Kapitalisten, weitere 35000 Jobs in der Stahlindustrie und 30000 im Kohlenbergbau zu streichen. Und ob Kohls Minister nun Steuererhöhungen oder Steuersenkungen vorschlagen, das System der Sozialleistungen wird zusammengestrichen werden.

In der Ruhr flackerte Unruhe auf, als am 27. November die Nachricht „durchsickerte“, daß der Krupp-Stahlkonzern sein Werk in Rheinhausen, eines der modernsten in Europa, schließen wollte. Anders als bei der Schließung des Hattinger Stahlwerks, die keine Proteste regionalen Ausmaßes hervorrief, sah diesmal das ganze Proletariat im Ruhrgebiet sein Schicksal mit dem von Rheinhausen verbunden. Zwei Wochen lang breiteten sich Demonstrationen und Streiks über das ganze Ruhrgebiet aus und gipfelten in einem Quasi-Generalstreik, zu dem für den 10. Dezember aufgerufen wurde. Rheinhausen war dicht, genau wie das benachbarte Duisburg am anderen Rheinufer. Selbst die Besitzer kleiner Läden ließen die Rolläden runter. Stahlarbeiter, verstärkt durch Bergleute, blockierten Autobahnbrücken über den Rhein. Arbeiter der Stadtverwaltung, die spontan die Arbeitsplätze verließen, schlossen sich den Streikposten an. Müllfahrer und Postarbeiter kamen mit ihren Lastwagen, selbst Bauern brachten ihre Traktoren. Die massive Demonstration der Macht der Arbeiter und der Solidarität ließ der Polizei nur

Fortgesetzt auf Seite 4

# Frankreich: Antifaschistische Massenproteste

## Le Pen jetzt reichs!

Am 27. Januar demonstrierten Zehntausende in Paris gegen den Faschisten Le Pen als Höhepunkt einer Reihe nationaler Proteste, organisiert von der französischen KP (KPF) gegen einen Fernsehauftritt Le Pens. Dies war nicht nur das erste Mal, daß die KPF eine solche Initiative ergriff, sondern die KPF rief außerdem andere Organisationen in einem Einheitsfrontappell auf, sich zu beteiligen. Die Ligue trotskyste de France (LTF) mobilisierte zusammen mit der Gruppe Tribune communiste einen Demonstrationsblock, an dem sich 130 beteiligten, um mitzumarschieren. An diesem Block nahmen auch Delegationen anderer Sektionen der internationalen Spartacist Tendenz teil – der Spartacist League/Britain, der Lega Trotskista d'Italia, der Spartacist League/U.S. und der Trotskistischen Liga Deutschlands. Die TLD trug die Losungen: „Begrabt Le Pen in Bitburg!“ und „8. Mai 1945: Die Rote Armee zerschlägt das Nazi-Regime!“

Diese nationalen Proteste könnten die Grundlage für eine massive Arbeitermobilisierung schaffen, um die faschistischen Gangster zu zerschlagen – die Perspektive des Demonstrationsblocks von LTF/Tribune communiste. Doch die einzige Perspektive der reformistischen KPF ist es, sich auf den bürgerlichen Staat zu verlassen. Ihr Präsidentschaftskandidat debattierte im Oktober sogar mit Le Pen und rief damit in den eigenen Reihen massive Unzufriedenheit hervor. Diese sozialpatriotische Partei ist zunehmend von den eingewanderten Arbeitern isoliert. Es ist bezeichnend, daß die Jugendorganisation der KPF, die als einziger stalinistischer Demonstrationsblock den rassistischen Terror in Frankreich überhaupt erwähnt, auch als einziger stalinistischer Block einen wirklichen Bestandteil von Immigranten aufwies.

Was die einzige andere wichtige Gruppe bei der Demonstration angeht: Die Ligue communiste révolutionnaire von Krivine/Mandel, trug keine Organisationsbanner oder -plakate mit sich und ihr nicht weiter gekennzeichnetes Banner forderte: „Einheit gegen Rassismus und

Faschismus“. Dies ist eine Kritik an der KPF von rechts im Namen von Einheit mit Mitterrands gegen die eingewanderten Arbeiter gerichteten Sozialdemokratie, die Le Pens „demokratische Rechte“ verteidigt.

Von mörderischen rassistischen Skinheads bis zur DVU in Bremen und den „Republikanern“ in Bayern, erhebt der finstere Faschismus in Westdeutschland erneut das Haupt und bringt das gleiche Programm des rassistischen Völkermords vor, wie es Le Pen tut. Die Lehren aus dem Aufsteigen der Nationalen Front und der Nazis müssen begriffen werden: Diese rassistischen Mörder müssen durch militante proletarische Massenaktion zerschlagen werden.

Wir drucken nachstehend das Flugblatt der LTF in deutscher und türkischer Sprache ab.

### Mobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Faschisten zu zerschlagen!

### Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Am Mittwoch, dem 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die siegreiche Rote Armee, will der faschistische Bandenführer Le Pen, für den das Massaker an den Juden in den Gaskammern der Nazis ein „Detail“ ist, in „l'Heure de vérité“ („Stunde der Wahrheit“, französisches Fernsehprogramm) auftreten, um seine Aufrufe für rassistischen Mord zu verbreiten. Endlich ruft nun die KPF zu Protestdemonstrationen in ganz Frankreich auf, und sie äußern die Hoffnung, daß „andere – Organisationen und Individuen – für diese Demonstration“ sich ihnen anschließen. Ja! Le Pen jetzt reichs!

Wie Hunderttausende kommunistischer Militanter ist die Ligue trotskyste froh, daß es eine Arbeitermassenmobilisierung gegen

die Faschisten gibt. Nach dem Sieg der Antifaschisten auf den Antillen im Dezember (wo Demonstrationen an zwei Flughäfen Le Pen buchstäblich daran hinderten, den Fuß auf den Boden zu setzen) ist es höchste Zeit, daß der Abschaum um Le Pen die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse zu spüren bekommt. Die LTF ruft zusammen mit der Gruppe Tribune communiste Arbeiter, Jugendliche, Immigranten, Juden, Homosexuelle, all jene, die Zielscheibe der Sturmtruppen der Nationalen Front sind, alle Antifaschisten dazu auf, an den Demonstrationen am 27. Januar teilzunehmen und sich in Paris und Rouen unseren Kontingenten anzuschließen. Le Pen jetzt reichs! Für Arbeitermassenmobilisierungen, um die Faschisten zu zerschlagen, bevor sie uns zerschlagen!

Die erste Zielscheibe der Faschisten sind eingewanderte Arbeiter und ihre Familien. Verteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten, basierend auf den Gewerkschaften, müssen die Fabriken und Einwandererviertel gegen die faschistischen Schläger verteidigen! Aber für solche Aktionen kann man eingewanderte Arbeiter nicht mit dem Slogan „Produziert Französisch“ mobilisieren. Wir müssen volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien fordern und einen unnachgiebigen Kampf gegen jede Form rassistischer Absonderung und Diskriminierung führen.

Seit 1981 war es Mitterrands antisowjetische, gegen die Arbeiterklasse und gegen Immigranten gerichtete Volksfront, die der Reaktion und den Faschisten den Weg bereitete. Viermal, jetzt reichs! Wir müssen den Teufelskreis von Volksfront/Reaktion durchbrechen, eine revolutionäre Partei aufbauen, um die Bourgeoisie zu enteignen und die sozialistische Rekonstruktion Frankreichs im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa in Angriff zu nehmen und um Le Pens Banden das gleiche Schicksal wie den russischen pogromistischen Schwarzhundertschaften zu bereiten.

## Le Pen – Yetti Artık!

Faşistleri ezme üzere  
işçi ve yabancıların  
seferberliği için ileri!

Yabancılar tam  
vatandaşlık hakkı!

27 Ocak Çarşamba günü, Kızıl Ordu'nun Auschwitz yok etme/kıyım Kamplarını zaferle kurtardığı gündür. Bu günde, Yahudilerin nazi gaz ocaklarında yok edilmesini „detay“ olarak açıklayan faşist çete lideri Le Pen ırkçı kıyım çağırısında bulunmak için „Gerçeğin Saati“ adlı televizyon programına çıkacak. Fransız Komünist Partisi (PCF) en nihayet ülke çapında protesto yürüyüşlerinin örgütlenmesi için çağırıda bulunuyor. Bu yürüyüşlere diğer örgüt ve bireylerin de katılmasını ümit ettiklerini de belirtiyorlar. Biz bu çağırına evet diyoruz. Le Pen – yetti artık!

Yüzbinlerce Komünist Parti'li militan gibi Fransa Troçkist Ligi'ndeki (LTF) bizler de faşistlere karşı işçi sınıfı kitlesel seferberliğini görmek istiyoruz. Geçen Aralık ayında Antillais'deki anti-faşistlerin kazandığı zaferden sonra Le Pen'ci pisliklere örgütlü işçi sınıfının sosyal gücünü tattırmanın zamanı geldi. LTF, Tribune Communiste gurubu ile birlikte işçileri, gençliği, azınlıkları, Yahudileri, homoseksüelleri ve Milliyetçi Cephe faşist SS

çetelerinin hedef aldığı tüm anti-faşist güçleri 27 Ocak yürüyüşlerine katılmaya ve Paris ve Rouen'de bizimle yürümeye çağırıyor, Le Pen – yetti artık! Faşistler bizi ezmeden biz onları ezmeliyiz. Bunun için de kitlesel işçi sınıfı yürüyüşlerinin örgütlenmesi gerekiyor.

Faşistlerin ilk hedefi azınlık işçiler ve aileleridir. Sendikalar üzerine temellenen işçiler/azınlıklardan oluşan savunma gurupları fabrikaları ve azınlık mahallelerini faşist çetelerin saldırılarına karşı savunmalıdır! Fakat yabancı işçiler böyle bir seferberliğe „Fransa'da yerli malı üret, yerli malı kullan“ gibi bir sloganla getirilemez. Biz yabancı işçilere ve ailelerine tam vatandaşlık hakkı verilmesini talep etmeli ve ırk ayrımcılığının (ségréation) ve ayrımcılıklı ırk baskının (discrimination) tüm biçimlerine karşı amansız mücadele vermeliyiz.

Mitterrand'ın 1981 yılından bu yana uyguladığı ve Sovyetler Birliği'ne, işçi sınıfına, azınlıklara karşı olan halk cephesi bugünkü reaksiyona ve faşist gelişmeye yol açtı. Dört dönem/dört kez, yetti artık! Bu, reaksiyon ve halk cephesi çıkmaz döngüsünü kırmalıyız. Biz, burjuvaziyi mülksüzleştirecek, Fransa'nın Avrupa Sosyalist Birleşik Devletleri çerçevesinde sosyalist yeniden inşasını üstlenecek ve Le Pen çetelerini kıyımcı Rus Kara Yüzler'in akıbetine uğratacak gerçek işçi hükümeti için mücadele eden bir devrimci parti kurmalıyız.

## Für die Wiederschmiedung der TLD

Wir sind stolz, unseren Lesern nach einer mehr als zweijährigen Pause eine neue Ausgabe des *Spartakist* vorzustellen. Nachdem „die TLD ebenso wie die übrige westdeutsche Linke Gründe fand, sich der Teilnahme an dem jüdisch organisierten Protest gegen Reagans und Kohls obszönen Besuch der SS-Gräber in Bitburg zu enthalten“, entschloß sich das Internationale Exekutivkomitee (IEK) der internationalen Spartacist Tendenz (iST), „die überwiegende Mehrheit der deutschen Genossen für ungefähr ein Jahr zur Arbeit in anderen Sektionen zu versetzen“ (Protokoll des 8. IEK-Plenums, übersetzt in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 12).

Die Erfahrungen, die die Kader der TLD während ihrer Arbeit beim Aufbau anderer Sektionen der iST gewonnen haben, kann durch sie nun zum Wiederaufbau einer internationalisierten deutschen Sektion genutzt werden. Die Vorgänge in Deutschland, insbesondere den bedrohlichen Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus, von außerhalb zu betrachten, hat uns geholfen, unseren Feind genauer ins Visier zu nehmen.

Während dieser Periode der gezielten Verstärkung unserer Kader war der *Spartacist* (deutsche Ausgabe) das Instrument, um die Sektion politisch zu schützen, zu erhalten und auszudehnen. Die Ausgaben Nr. 12 und 13 legen mit ihren Artikeln über Bitburg, über die türkischen eingewanderten Arbeiter, über die jüdische Frage und über die Geschichte der trotzkistischen Bewegung und unserer eigenen Tendenz darüber Zeugnis ab.

Aufbauend auf dem deutschen *Spartacist* legte eine Konferenz der TLD letzten Dezember den Grundstein für den Wiederaufbau der TLD. Zusätzlich zu unserem internationalen, theoretischen Organ *Spartacist* nimmt die neugeschmiedete TLD die Publikation ihrer Sektionspresse, des *Spartakist*, wieder auf. Die vorliegende Ausgabe widerspiegelt unsere Entschlossenheit, Propaganda herzustellen, die überzeugend, relevant und effektiv ist und die jetzige Situation in Deutschland und der Welt aufgreift.

Mit dieser Propaganda intervenieren wir offensiv gegen die pazifistisch-nationalistischen Illusionen der westdeutschen Linken und treten energisch für das trotzkistische Programm des proletarischen Klassenkampfes und der Verteidigung der Sowjetunion durch internationale sozialistische Revolution ein. Es ist dringend notwendig, eine trotzkistische Klassenführung des machtvollen deutschen Proletariats mit seinem wichtigen Bestandteil an eingewanderten Arbeitern aufzubauen, als Sektion der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale. Unterstützt uns in diesem Kampf! Abonniert den *Spartakist*!

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
TROTSKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,  
internationale Spartacist Tendenz

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens, Barbara Köhler, Silvia Lenz (herausgebende Redakteurin), Renate Müller, Mark Richard, Max Schütz (Vorsitzender), Carola Walter (Produktion), Fred Zierenberg

VERTRIEB: Bernd Fuchs

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:  
C. Walter, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
2000 Hamburg 11

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.  
ISSN 0173 – 7430

### SPARTACIST Organ des revolutionären Marxismus



Englische Ausgabe Nr. 41/42  
(64 Seiten) DM 2,-

Deutsche Ausgabe Nr. 13  
(48 Seiten) DM 2,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

# Sowjetischer Rückzug bedeutet Blutbad!

## Afghanistan: Die Rote Armee muß siegen!

Als die sowjetische Rote Armee am 27. Dezember 1979 in Afghanistan einmarschierte, erklärten wir Trotzlisten von der internationalen Spartacist Tendenz: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und riefen auf: „Weitert die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!“ Die Intervention, mit der Moskau einem wackligen nationalreformistischen Regime an der strategischen Südflanke der UdSSR gegen vom CIA unterstützte islamische Reaktionäre unter die Arme griff, diente der Verteidigung der Sowjetunion und führte zu der Möglichkeit einer revolutionären Transformation in diesem furchtbar rückständigen Land. Die sowjetischen Truppen brachten Alphabetisierung und Ärzte mit sich und brachten den afghanischen Frauen die ersten Anfänge ihrer Befreiung von der Versklavung und Einsperrung, die symbolisiert wird durch den Tschador, eine erstickende Umhüllung von Kopf bis Fuß aus Metern von schwerem Tuch.

Jetzt, wo die Stalinisten im Kreml den Abschluß eines „Friedens“abkommens mit dem US-Imperialismus hoffen, öffnen sie einem blutigen Dschihad (heiligem Krieg) gegen jede Form des sozialen Fortschritts in Afghanistan Tür und Tor. In Kabul kündigte der sowjetische Außenminister Eduard Schevardnadse letzte Woche vor der afghanischen Presse an: „Wir würden es gern sehen, wenn das Jahr 1988 das letzte Jahr der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Ihrem Land wäre.“ Dies würde bedeuten, die afghanischen Frauen, Lehrer, Linken, Arbeiter und Soldaten, die in den letzten zehn Jahren gekämpft haben, um ihr Land in das 20. Jahrhundert zu schleppen, im Stich zu lassen! Der Preis für dieses obszöne Angebot, um den US-Imperialismus zu versöhnen, ist die Auslieferung von Hunderttausenden Afghanen an die Mullahs, Stammesfürsten und feudalen Grundbesitzer, um gefoltert, lebendig enthäutet, geköpft und als Ungläubige zerstückelt zu werden. Das ist Verrat!

Ein sowjetischer Abzug jetzt wird die zutiefst diskreditierte Reagan-Regierung ermutigen, ihre mörderischen Contra-Kriege gegen Nicaragua, Angola und Kambodscha ebenfalls zu intensivieren. Kein Rückzug, sondern Sieg! Die Rote Armee muß ihre Arbeit zu Ende führen!

### Afghanistan: Zielscheibe des zweiten Kalten Kriegs

Um dem achten Jahrestag der sowjetischen Intervention ein Zeichen zu setzen, versammelten sich Tausende afghanischer Konterrevolutionäre in Pakistan um brennende Gorbatschow-Puppen und riefen „Tod für Rußland! Tod dem Kommunismus!“ Am gleichen Tag berichtete TASS, daß afghanische Gangster das sowjetische Konsulat in der iranischen Stadt Isfahan gestürmt haben. Die afghanischen „Freiheitskämpfer“ der USA haben geschworen, alle kommunistischen „Kollaborateure“ umzubringen. Und es ist ihnen Ernst damit. Schon jetzt haben sie mehr als 2000 Mordanschläge auf Schullehrer verübt, die versucht haben, einem Land Lesen und Schreiben beizubringen, dessen Bevölkerung vorher zu 90 Prozent aus Analphabeten bestand. Die Mudschahedin (heilige Krieger) haben es auch gerechtfertigt, ein Flugzeug abzuschießen, das Schulkinder zum Unterricht in der Sowjetunion bringen sollte – mit der Behauptung, sie würden eine „Gehirnwäsche“ durch den Teufel erhalten. Diese feudalistischen Reaktionäre wollen zu der Gesellschaft des 7. Jahrhunderts zurückkehren, die sich auf grausamsten sozialen Parasitismus, Kriminalität und Sklaverei stützte.



Afghanistan Today

**Befreite afghanische Frauen demonstrieren am vierten Jahrestag der „Aprilrevolution“ von 1978. Bei einem Abzug der Roten Armee werden sie mit ihrem Blut bezahlen müssen**

Besonders emanzipierte Frauen sind durch die islamischen Reaktionäre bedroht. Die Vizepräsidentin des gesamtafghanischen Frauenrats ging zusammen mit Gulbaddin Hekmatyar, der jetzt einer der obersten afghanischen Contras ist, auf die Kabuler Universität. „1971, als Frauen in der Öffentlichkeit ohne Schleier auftauchten, sprühten Gulbaddins Anhänger ihnen Säure ins Gesicht“, sagte sie. „Als Frauen Strümpfe trugen, schossen sie auf ihre Beine“ (Londoner *Guardian*, 5. Januar). Wie einer der islamischen Fanatiker während des antikommunistischen Wütens in Pakistan erklärte: „Wir sind Afghanen, und wir erlauben Frauen nicht, hervorzutreten. Frauen haben nichts zu sagen, wenn es darum geht, die Zukunft Afghanistans zu bestimmen“ (New York *Times*, 28. Dezember 1987). Heute stellen Frauen die Mehrheit der Studenten an der Kabuler Universität, und 15 000 Frauen dienen als Soldaten und Kommandeure in der sowjetischen Armee. Der Abzug der sowjetischen Truppen würde bedeuten, daß sie einem grauenhaften Gemetzel ausgesetzt wären.

Nicht nur Afghanen werden sterben. Für Washington war Afghanistan der Startschuß für den zweiten Kalten Krieg, ein weltweites Bestreben, angeblichen „sowjetischen Expansionismus“ zurückzutreiben. Der Zar für „nationale Sicherheit“ des Demokraten Carter, Zbigniew Brzezinski, posierte mit einer US-Armeejacke am Khyber-Paß und richtete ein automatisches Gewehr gegen Afghanistan. Der Republikaner Reagan nahm das sandinistische Nicaragua ins Visier und war schnell dabei, Contra-Söldner von Zentralamerika bis Südostasien finanziell auszuhalten. Selbst nach dem Contragate-Fiasko hoffen die Reagan-Fans noch, in Afghanistan „eine Runde zu gewinnen“. Aber sie können es nicht, es sei denn, der Kreml händigt ihnen den Sieg aus.

Reagan-Leute und Anhänger der Demokraten haben gleichermaßen darauf bestanden, der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan sei der entscheidende Test für die Glaubwürdigkeit des „Friedens“dranges Gorbatschows. Nirgendwo wird die Vergeblichkeit und Gefahr des Versuchs, die kriegswütigen Herrscher der USA zu besänftigen, klarer. Während die Sowjets von ihrem Abzug reden, versprach Reagan aus dem Oval Office seinen afghanischen Contras, daß die US-Hilfe zunehmen wird. In den Nachbeben des Washingtoner Gipfels ent-

schied sich das Weiße Haus, den Druck zu erhöhen:

„Regierungsbeamte... haben festgestellt, daß Unnachgiebigkeit seitens der Vereinigten Staaten wahrscheinlich weitere Kompromisse der Sowjetunion über die Fristen und den Ablauf ihres vorgeschlagenen Truppenrückzugs erzwingen kann.“ (New York *Times*, 15. Dezember 1987)

Jetzt, wo die Sowjetunion versprochen hat, sich bis Jahresende zurückzuziehen, verlangt der Außenminister George Shultz, daß sie außerdem jegliche Hilfe für ihre früheren afghanischen Verbündeten einstellen, während er darauf besteht, daß die Waffenlieferungen und Hilfsleistungen an die afghanischen Aufständischen weitergehen, bis die Sowjets weg sind.

### Verschärft den Krieg – macht endlich mit den Mullahs Schluß!

In der ABC-Nachrichtensendung „Diese Woche mit David Brinkley“ erklärte der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow: „Wir werden uns zu-

rückziehen, und der Prozeß der nationalen Versöhnung wird stattfinden, und es wird ein blockfreies Afghanistan geben; nichtsozialistisch dazu“ (Washington *Post*, 14. Dezember 1987). Die Vorstellung, Afghanistan zu „finlandisieren“, ist reine Illusion. Die minimalsten bürgerlich-demokratischen Reformen, wie eine bescheidene Landreform, provozierten das wütende Zurückschlagen der Feudalisten. Selbst die Wiedereinsetzung des 1973 abgesetzten Königs, wie es die Sowjets vorhaben, wird kein stabiles, fügsames Pufferregime wiedererrichten. Und was das Programm der „nationalen Versöhnung“ mit den Mudschahedin angeht – es wäre für Lenins Bolschewiki einfacher gewesen, eine Koalitionsregierung mit den zaristischen Schwarzhundertern einzugehen, die verglichen mit den afghanischen Mörderbanden geradezu einen liberalen Eindruck machen!

Die Chance, dieses Land der Stammesfehden, des Opiumschmuggels, des Brautpreises und des religiösen Obskurantismus aus dem Mittelalter herauszuholen, ist direkt verbunden mit den Errungenschaften Sowjet-Zentralasiens. Viele der zuerst eingesetzten sowjetischen Mannschaften waren in der Tadschikische, turkmenische, kirgisische, usbekische und kasachische Soldaten, gerade von der anderen Seite der Grenze. Die *Globe and Mail* aus Toronto (5. Februar 1987) stellte fest, als sie über einige nationalistische Tumulte in Kasachstan berichtete, daß die Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus in der UdSSR „begrenzt wird durch den relativen wirtschaftlichen Wohlstand in den zentralasiatischen Republiken. Zwar erscheinen religiöse Bindungen und Bevölkerungstrends ominös, doch die Erinnerung an das, was das Leben ohne die Sowjets war, ist auf deren Seite.“ Aber nachdem der Kreml soziale Reformen in Afghanistan beschränkt hat, fangen von den USA bewaffnete Mudschahedin sogar an, auf der anderen Seite der Grenze, in Tadschikistan, zuzuschlagen.

Auf Drängen Moskaus hat die authentische afghanische Regierung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) versucht, die Rebellen zu beschwichtigen. Die Agrarreform wurde zurückgesteckt, alle Obergrenzen für den Landbesitz der feudalistischen Großgrundbesitzer und des islamischen Klerus wurden aufgehoben, die Mullahs wurden von der Besteuerung ausgenommen. Schul-

Fortgesetzt auf Seite 5



Afghanistan Today

**Mullah-Terroristen schießen Passagierflugzeug über dem Gebiet von Khost mit US-Stinger-Raketen ab und töten alle 52 Insassen**

# Kohl-Bande...

Fortsetzung von Seite 1

noch übrig, den in der ganzen Region zusammengebrochenen Autoverkehr umzuleiten. Schätzungsweise nahmen 250 000 Arbeiter an der Aktion vom 10. Dezember teil; wie Springers *Hamburger Abendblatt* sauerlich feststellte, war es der größte Protest in diesem industriellen Kern Deutschlands seit der französischen Besetzung der Ruhr 1923. Doch am nächsten Morgen kehrten alle an die Arbeit zurück, zumindest diejenigen, die noch Arbeit haben in einer Region, in der die Arbeitslosigkeit bei 25–30 Prozent liegt.

Die Proteste an der Ruhr, die deutsche mit eingewanderten Arbeitern vereinten, zeigten ihre Entschlossenheit, die gesamte arbeitende Bevölkerung und sogar einen großen Teil des Kleinbürgertums gegen die kapitalistische Offensive zu führen. Der Sozialdemokratie sind jetzt angesichts solcher Kämpfe die Mittel ausgegangen, „sozialen Frieden“ zu erkaufen. Wenn ein Stahlwerk schließt, bedeutet „Mitbestimmung“, daß ein Gewerkschaftsbürokrat die Arbeit bekommt, den Arbeitern zu erzählen, daß sie ihre verloren haben. Zunehmend werden die SPD/DGB-Bürokraten aufgefordert werden, die Rolle von offenen Streikbrechern und Bullen für die Bosse zu spielen.

Die Krupp-Villa oder eine Aufsichtsratsitzung zu stürmen und die Zigarren der Bosse aufzurauchen, macht sich gut als Guerilla-Theater, verhindert aber keine Massenentlassungen und Werkschließungen. Die Arbeiter haben die Macht, die Kohl-Bande wegzufegen mitsamt ihren Polizeistaats- und Austeritätsmaßnahmen im Dienst von Krupp und Thyssen, aber es geht nicht, solange diese Macht durch die SPD gefesselt ist. Die SPD schmachtet nach einer Koalition mit der Großbourgeoisie der FDP oder der Kleinbourgeoisie der Grünen, die viel lieber alle Stahlwerke geschlossen sähen, um ihren teuren deutschen Wald zu verteidigen. Der reformistische Würgegriff der SPD muß gebrochen, diese bürgerliche Arbeiterpartei muß gespalten werden in dem Kampf, eine Partei zu schmieden, die fähig ist, das Proletariat einschließlich seines beachtlichen Bestandteils eingewandeter Arbeiter für die eigene Klassenherrschaft zu mobilisieren.

## Die Reaktion übernimmt sich

Ein Flügel der Regierungskoalition, angeführt von Zimmermann und Strauß, drängt nach verschärfter Repression. Die Zimmermannen würden gern die gesamte Linke und sogar die nicht-so-linken Grünen wie die RAF behandeln. Aber wie sich im Lauf des letzten Jahres gezeigt hat, stellen die gutorganisierte Arbeiterbewegung und die kleinbürgerliche Massenbasis der Grünen ein machtvolles Reservoir des Widerstands gegen die Polizeistaatsmaßnahmen dar, die Teile der CDU/CSU durchsetzen wollen.

1987 sah sich das Regime dazu ermutigt, die Frage der Volkszählung in eine „Machtprobe“ zu verwandeln. Es wurde eine Welle der Unterdrückung gegen Organisationen und Einzelpersonen entfesselt, die zum Boykott der Volkszählung aufrufen: Es gab Polizeiüberfälle auf linke Büros, Bücher wurden beschlagnahmt, Flugblätter konfisziert, Abgeordnete der Grünen wurden zu Geldstrafen von Tausenden von Mark verurteilt.

Doch die „Machtprobe“ ging nach hinten los. Was in anderen Ländern eine Routine-sammlung statistischer Daten darstellt, wurde von einem großen Teil der Bevölkerung instinktiv mit einem drakonischen Polizeistaat gleichgesetzt. Sie glaubten nicht an die versprochene „Vertraulichkeit“ und empörten sich über Fragen nach ihrer religiösen Überzeugung. Juden dachten zwangsläufig an die Volkszählung von 1939 – die Vorbereitung zur Verschleppung in die Gaskammern. Das Ergebnis war ein „Daten-GAU“, wie es ein Fachmann nannte, wegen der großen Zahl der unrichtig ausgefüllten oder nicht zurückgeschickten Fragebögen. Selbst Städte in CDU-Regionen, wie Köln und Freiburg, haben die Verfolgung von Boykotteuren aufgegeben.

Zimmermann versuchte dann, die Ereignisse des 3. November an der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens auszunutzen – wo zwei Polizisten durch Schüsse getötet wurden, als sie eine Demonstration brutal

angriffen –, um das Verbot jeder Demonstration durchzudrücken, an der „vermummte“ Demonstranten teilnehmen. Ausländische Linke wären besonders gefährdet; doch es würde bedeuten, daß die Polizei jede Demonstration auflösen könnte, wenn sie nur einen vermummten Provokateur in die Menge einschleust. Die Geschichte des Verfassungsschutzes ist mit solchen Provokationen und Brandstiftern bis zur Sprengung der Gefängnismauer in Celle, die der RAF in die Schuhe geschoben wurde.

Siebentausend Polizisten in voller Uniform marschierten in einem Fackelzug durch die Straßen Frankfurts, Zehntausende taten das gleiche in anderen Städten, in der Tradition der Nazis und unter Mißachtung von



Friedensbewegung: linke Flanke für deutschen Nationalismus

westdeutschem Recht. Parolen wie „Wie viele Tote brauchen wir? Politiker wacht auf“ und „Demorecht in Hessenland – Polizistendot von Mörderhand“ drückten eine verächtliche und feindselige Haltung gegenüber den Beschränkungen aus, die die bürgerliche Demokratie ihnen auferlegt. Dieser Ausbruch von Polizeibonapartismus war jedoch durch ein Gefühl der Isolation und Frustration gedämpft. Einer der demonstrierenden Polizisten beschwerte sich: „Die ‚guten Bürger‘, Mitte vierzig, vielleicht fünfzig Jahre alt, begrüßen uns: ‚Schweine, ihr seid schlimmer als die Nazis!‘“ (*Frankfurter Rundschau*, 5. November).

Es stellte sich dann heraus, daß die beiden Polizisten an der Startbahn mit einer Polizeipistole erschossen wurden, die später passenderweise nahe der Wohnung eines der Demonstranten bei der Verhaftung „gefunden“ wurde. Eine reaktionäre Kampagne gegen die Autonomen (ein trübes lumpenproletarisches Milieu, das auch Polizei-provokateuren zugänglich ist) war schon zu Ende, bevor sie richtig angefangen hatte, und die FDP gab gegen ihre Koalitionspartner ein faktisches Mißtrauensvotum ab, indem sie jegliche Entscheidung darüber, ob sie das Vermummungsverbot unterstützt, zwei Monate hinausögerte.

## Die Hafensstraße und die Sozialdemokraten

Nach den Ereignissen an der Startbahn West richteten sich alle Augen auf Hamburg, wo Hausbesetzer alle Kulissen der neulinken Herausforderung des Staates im Stil der Siebziger aufgefahren hatten – Barrikaden, maskierte Demonstranten, Piratensender usw. Dem SPD-Innensenator des Landes, Lange, juckte es in den Fingern, dieses „Symbol“ des „staatsfreien Teil(s) der militant ‚kämpfenden Linken“ auszuräumen (*Der Spiegel*, 23. November). Als die Vereinigung der Hausbesetzer, der Verein Hafensstraße, das Pachtangebot des Hamburger Bürgermeisters von Dohnanyi zurückwies, wurden Tausende der Schläger in Uniform für eine Kraftprobe in die Stadt geholt, sogar aus so weit entfernten Ländern wie Bayern, und am 12. November wurden die Barrikaden errichtet.

Die herrschende Klasse und ihre sozialdemokratischen Agenten wogen die politischen Risiken ab. Von Weizsäcker intervenierte persönlich für eine friedliche Lösung. Dohnanyi setzte sich über den Senat hinweg

und machte seinen Posten davon abhängig. Er wurde als „Zauberünstler“ gefeiert, als die Hausbesetzer zustimmten, die Barrikaden am 18. November zu entfernen und den Vertrag anzunehmen, den sie vorher abgelehnt hatten. Er und von Weizsäcker wurden von der *tageszeitung* als Teile einer „Koalition der Vernunft“ bejubelt.

Ein nicht abreißen Besucherstrom zur verbarrikierten Hafensstraße hatte gezeigt, wie populär es sein kann, dem bürgerlichen Staat zu trotzen. Die Unterzeichnung des Pachtvertrags bedeutete, daß sie für den Moment damit durchgekommen sind. Aber die Hausbesetzer sind verwundbar durch Polizeirepression, weil ihnen im Gegensatz zu einer anderen bekannten Hamburger Besetzung, nämlich der der HDW-Werft 1983, wo

Viele wissen noch, wie 1985 der antifaschistische Demonstrant Günter Sare getötet wurde, als die Frankfurter Polizei unter dem Befehl des SPD-Innenministers von Hessen stand. (Auf sehr mysteriöse Art und Weise, die eines Barschelgates würdig wäre, ist das Negativ eines Fotos, das beweist, daß der Fahrer des Polizei-Wasserwerfers, der Sare überfuhr, überlegt handelte, aus den Polizeiakten „verschwinden“.) Und sie werden auch nicht vergessen haben, wie Helmut Schmidt sich 1975–77 während der Hexenjagd gegen die Linke in seiner Rolle als „antiterroristischer“ Krisenmanager sonnte.

## Schwarz-Rot-Goldene Grüne

Die Antwort der Grünen auf die Schüsse an der Startbahn West konnte nur zu ihrer Spaltung beitragen. Schließlich nahmen Parlamentarier der Grünen an Polizeidemonstrationen teil, die zur Unterdrückung ihrer eigenen Anhänger aufrufen! Die Bourgeoisie drängte die Grünen, dem Gelöbnis des Realos Otto Schily nachzukommen, das „staatliche Gewaltmonopol“ zu respektieren. Während die Fundis in ihrer traditionellen Rolle als Protestpartei bleiben wollen, haben die Realos Regierungs-„Verantwortlichkeiten“ übernommen. Sie setzen das kleinbürgerliche Programm der Partei in die Praxis um – soweit es nicht utopisch ist –, und reaktionäre „Zurück-zur-Natur“-Vorstellungen der Grünen passen mit kapitalistischer Austerität gut zusammen.

Diese Anerkennung des „staatlichen Gewaltmonopols“ gilt für die Armee wie für die Polizei. Es ist kein Zufall, daß Schily, Joschka Fischer und viele der Baden-Württemberger Grünen (die in der Diskussion mit der CDU stehen) offen gegen den traditionellen Aufruf ihrer Partei rebellieren, aus der NATO auszutreten. Und sie sind nur die schamlosesten Proimperialisten unter den Grünen. Die Klagelieder des Kommunistischen Bundes (KB), des „linken“ Mochtegern-Gewissens der Grünen, gegen diese Entwicklung vermeiden den eigentlichen Grund – daß die gesamte Partei die nationale Verteidigung unterstützt. Außerdem, wie es die eifrige Beteiligung des französischen Imperialismus – der zwar formal außerhalb der NATO steht – am Kalten-Kriegs-Feldzug beweist, ist die Parole „BRD raus aus der NATO“ keine Opposition gegen den antisowjetischen Kriegskurs der Imperialisten.

Ein Vorfall im September war enthüllend, als fünf von 12 Abgeordneten der Grünen gegen einen Antrag innerhalb ihrer Fraktion stimmten, der forderte, daß die Pershing-IA-



henning scholz

Hafensstraßen-Demonstration, 31. Oktober 1987: Mobilisierungen gegen drohende Staatsrepression waren populär

Gewerkschaftstümelei für die Arbeiter andererseits. In der Tat werden die Arbeiter direkt bedroht: Nach dem „Anti-Terrorismus“-Gesetz von 1986, das „gewalttätige“ Handlungen wie die Blockade von Einfahrten einschließt, könnten die Stahlarbeiter, die die Brücke in Rheinhausen blockierten, wegen Terrorismus verurteilt werden! Ein massiver Polizeiangriff auf radikale Aktivisten könnte eine Gegenreaktion auf Massenbasis provozieren, die nicht nur das Kohl-Regime stürzen, sondern auch die westdeutsche bürgerliche Ordnung erschüttern würde.

Aber die SPD wird nicht so einfach ihre frühere Geschichte als Organisator der staatlichen Unterdrückung auslöschen können.

Raketen der Bundeswehr in die Abrüstungsgespräche einbezogen werden (diese Raketen haben Atomsprengköpfe, die unter der Kontrolle der USA bleiben, sind aber ein Schritt in der Vorbereitung des offenen Hervortretens Westdeutschlands als Atom-macht). Die fünf stimmten mit Kohl überein, daß Westdeutschland ein „Drittland“ außerhalb der amerikanisch-sowjetischen Gespräche ist – das Echo der französischen und britischen Position zu ihrer eigenen Atom-bewaffnung.

Reagan wird von weiten Teilen der Bevölkerung als der verrückte und gefährliche Kriegstreiber, der er ist, gefürchtet und verabscheut. Letzten Juni mußte die Polizei

Westberlin in eine bewaffnete Festung verwandeln, um die Stadt für den „großen Kommunikator“ sicher zu machen. Tausende jugendlicher Aktivisten und, auf passivere Weise, arbeitende Menschen, glauben an ein atomwaffenfreies Europa durch „friedliche Koexistenz“ mit der Sowjetunion. Dinge aus der Sowjetunion sind „in“, und Gorbatschow verdankt einen Gutteil seiner derzeitigen Popularität im Westen seinen Abrüstungsvorschlägen. Aber grüner/sozialdemokratischer Pazifismus dient als eine „linke“ Abdeckung für das Verlangen der deutschen Bourgeoisie, Abstand von Washington zu bekommen, während sie eine Art deutschen „Gaullismus“ verfolgt: einen unabhängigen Kurs, der die wirtschaftliche Durchdringung des Ostens mit der Verstärkung der Bundeswehr verbindet. Die Gegnerschaft der „Friedensbewegung“ zu den „Supermächten“ basiert auf einem nationalistischen Kontinuum, das von den Haus„besetzern“ der Hafestraße und Anti-Reagan-Demonstranten in Kreuzberg bis zu den Grünen und etablierten Politikern wie Dohnanyi von der SPD oder dem CDU-Bundespräsidenten von Weizsäcker reicht. Und es erstreckt sich sogar bis zu Strauß, wie sein kürzlicher Besuch in Moskau zeigt.

1982 schrieb die TLD in „Über den Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus“: „Die deutschen Bankiers wollen *jetzt* keinen dritten Weltkrieg, egal ob mit Nuklearwaffen oder konventionell geführt, weil sie ihn *jetzt* verlieren werden. So trachtet die deutsche Bourgeoisie danach, die Planwirtschaft durch Kredite, Waren und gemeinsame Unternehmen zu unterminieren und sie gleichzeitig mit bürgerlicher Ideologie in sozialdemokratischen Farben, unterstützt von den korrupten stalinistischen Bürokratien, zu durchdringen.

Die deutsche Bourgeoisie bereitet *ihren* Weg vor, die Arbeiterstaaten zu zerschlagen. Sie baut ihre eigene Atombombe und die zweitgrößte Armee in der NATO auf als Vorbereitung, den dritten Weltkrieg zu gewinnen.“ (Spartakist Nr. 47, Juni 1983) Die „europäische Verteidigung“ ist eine Abdeckung für die nuklearen Ambitionen des deutschen Imperialismus, doch dem können Fundis und KB nur Adenauers wertlose, in der Verfassung verewigte Erklärung entgegensetzen, keine Atomwaffen auf deutschem Boden zu produzieren (tatsächlich wurden die vorbereitenden Tests, unter dem SPD-Regime, in Südafrika durchgeführt). Diesem Verfassungs-Kretinismus setzen wir im Geiste von Karl Liebknecht die bolschewistischen Prinzipien entgegen: Keinen Mann und keinen Pfennig für die imperialistische Armee! Verteidigt die deformierten



Foto: Mrotzkowski

Polizeiterror gegen asylsuchende Tamilen in Westberlin

und degenerierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

**Für eine internationalistische Arbeiterpartei**

Das Regime fühlte sich ermutigt, in der Frage der Volkszählung auf die Grünen und die Linke loszugehen, weil seine hysterische Kampagne gegen die „Überfremdung“ 1986, die politische Flüchtlinge aus der Dritten Welt im Visier hatte, praktisch ohne Widerstand durchging. Die SPD bot nur einen „geschickteren“ Weg an: die stalinistische Bürokratie der DDR zu schmieren, um den Transit dieser Flüchtlinge durch Ostberlin zu unterbinden.

Praktisch die ganze Linke warf sich auf den Volkszählungsboykott, aber sie ignorieren beflissen die Misere der eingewanderten Arbeiter und politischen Flüchtlinge. Es gab keine Proteste der vom Nationalismus be rauschten Linken gegen Maßnahmen, die es Einwanderern schwieriger machen, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, und auch nicht gegen die Bedingungen wie im Konzentrationslager, unter denen Tamilen und andere politische Flüchtlinge festgehalten werden.

Der gleiche tiefsitzende Nationalismus, der sie gegenüber dem antisowjetischen Revanchismus der Bourgeoisie blind macht, steht auch hinter der Weigerung der Linken, den wachsenden Antisemitismus zu bekämpfen, was am drastischsten deutlich wurde durch ihre Abwesenheit bei dem von jüdischen Gruppen organisierten Protest

gegen Reagans und Kohls widerliche Ehrenbezeugung an den Nazi-SS-Gräbern in Bitburg. Diese Rehabilitierung der SS gab grünes Licht für mörderischen rassistischen Polizeiterror und für die wiederaufsteigende faschistische Bewegung als Vorbereitung auf eine neue „Operation Barbarossa“.

Die bürgerliche Reaktion ist vorübergehend aus dem Tritt gefallen, aber sie hat nicht die Waffen niedergelegt! Das linke und grüne Milieu spielt mit der Rhetorik über einen entstehenden Polizeistaat, um die Bourgeoisie in Verlegenheit zu bringen und um die SPD als „kleineres Übel“ zu unterstützen (die DKP träumte sogar davon, daß eine Volksfront einschließlich der FDP zur Verteidigung des Demonstrationsrechts entstehen würde). Sie sind blind gegenüber der *routine-mäßigen* menschenverachtenden brutalen Behandlung der eingewanderten Bevölkerung durch Polizei, „kontrollen“ oder deren Absonderung in Gettos wie Kreuzberg, während rassistische Psychopathen immer wieder Flüchtlingsheime anzünden, wie in Westberlin, Frankfurt oder Hamburg, in der Hoffnung, die Bewohner en masse zu ermorden.

Die Arbeiterbewegung muß ihre in anderen Ländern geborenen Klassenbrüder und -schwestern verteidigen, auf die Gewerkschaften gestützte Verteidigungsgruppen gegen faschistische Angriffe organisieren, gegen reaktionäre Anti-Ausländer-Gesetze mobilisieren und volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien verlangen. Polizei raus aus den Einwanderervierteln! Polizei-„Gewerkschaft“ raus aus dem DGB! Abschaffung paramilitä-

rischer Kräfte wie dem BGS und der GSG-9 und der spezialisierten, gegen Einwanderer gerichteten Einheiten wie der AGA!

Die 4,5 Millionen Einwanderer, die einen entscheidenden Bestandteil des Industrieproletariats bilden, brauchen weder ohnmächtige moralistische Mildtätigkeit noch abstrakte Reden wie „vereint euch und kämpft“, die nicht ihre besondere Unterdrückung ansprechen (wie es die DGB-Spitze macht, die zwar gern ihre Gewerkschaftsbeiträge kassiert, aber ihren Status als „Untermenschen“ akzeptiert).

Die Macht der Arbeiterklasse gegen nationale und rassische Unterdrückung zu mobilisieren, ist eine lebenswichtige Notwendigkeit für eine klassenkämpferische Gegenoffensive gegen die kapitalistische Austerität. Schon zu lange haben die deutschen Arbeiter passiv der Salamtaktik der Bosse zugehört, als die „freiwillige“ Abreise eingewandelter Arbeiter und ihre Ausweisung die kapitalistische Krise dämpfte. Wo nun im Ruhrgebiet ganze Gemeinden durch Verelendung bedroht sind, müssen sie sich jetzt mit ihren eingewanderten Klassenbrüdern zusammenschließen.

Harter Klassenkampf setzt einen politischen Bruch mit dem Sozialchauvinismus der SPD/DGB-Spitzen voraus, denen es nicht genügt, deutsche gegen eingewanderte Arbeiter zu stellen, sondern die auch noch Stahlarbeiter gegen ihre Kollegen weltweit ausspielen wollen. Die „Lösung“ der Reformisten für die Stahlkrise ist ein „sozialisierter“ Stahltrust. Dies ist nicht nur ein Ausdruck des Protektionismus, der die Arbeiter an das Glück und Unglück der Bosse in innerimperialistischen Rivalitäten kettet, sondern wäre ein noch schlimmeres Instrument für die westdeutsche Rüstung als der vorgeschlagene Daimler-Rüstungskonzern.

Das Proletariat muß für die gleitende Skala der Arbeitszeit kämpfen, für eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Aber die vernünftige Verteilung der Arbeit und die Abschaffung der Arbeitslosigkeit ist unter dem Kapitalismus unmöglich. Gebraucht wird ein Kampf für eine Arbeiterregierung, um die Bourgeoisie zu enteignen.

Die Stahlkrise zeigt die Notwendigkeit einer geplanten Wirtschaft auf, die die Produktionskapazität nutzbar machen kann, die jetzt vom Kapitalismus verwüstet wird. Für sozialistische Revolution gegen kapitalistische Ausbeutung und imperialistischen Militarismus im Westen – für proletarische politische Revolution gegen bürokratische Mißwirtschaft und Unterdrückung im Osten. Dies ist der internationalistische Weg zur revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. ■

**Afghanistan...**

Fortsetzung von Seite 3

ausbildung für Mädchen wurde „freiwillig“ anstatt obligatorisch. Im November rief der DVPA-Führer Nadschibullah eine „Loya Jirgah“ ein und versammelte die Stammes- und Glaubenshüuptlinge. Im Namen Allahs und des „islamischen Bewußtseins“ wurde der rote Stern aus dem afghanischen Nationalwappen entfernt und das Land in „Republik Afghanistan“ umbenannt; das „Demokratische“ wurde wegen des kommunistischen Beigeschmacks fallengelassen. Als Nadschibullah für eine „politische Lösung“ warb, indem er die Aussichten auf einen sowjetischen Abzug hervorhob, antworteten die Guerillas mit dem Abschuß von Raketen, die die Halle zum Erzittern brachten.

Die einzige „politische Lösung“, die den afghanischen Massen dient, wäre die Ver-

schärfung des Kriegs durch die sowjetische Armee und eine Beendigung des Kriegs, indem die afghanischen Contras vernichtet werden. Diese Einstellung wird offenbar von vielen in der Sowjetunion geteilt, insbesondere innerhalb der Armee. Nach der *Los Angeles Times* (5. November 1987) erschienen in den letzten Ausgaben der Zeitung des sowjetischen Verteidigungsministeriums *Krasnaja Swesda* (Roter Stern) Artikel, in denen die Beschwerde geführt wurde, daß der im letzten Jahr von Kabul erklärte einseitige Waffenstillstand es den Aufständischen erlaubte, sich umzugruppieren und wieder zu bewaffnen, „rechts und links“ Zivilflugzeuge abzuschießen, während afghanische Truppen in ihre Lager zurückkehrten und sowjetische Truppen das Feuer einstellen mußten.

Während des letzten Jahres hat die USA mehr als 600 Stinger-Luftabwehrraketen an ihre afghanischen Söldner geschickt. Obwohl einige an den Iran verkauft und im Persischen Golf gegen die USA eingesetzt wurden, behaupten die Imperialisten, daß die Stinger zusammen mit britischen Blowpipes durchschnittlich einen sowjetischen Kampfhubschrauber pro Tag vom Himmel holen und es sowjetischen Kampffliegern unmöglich machen, unmittelbare Unterstützungseinsätze zu fliegen. Unter Bezug auf die sowjetischen MI-24-Hubschrauber, die für die Beseitigung von Stützpunkten der Guerillas in Afghanistan wesentlich waren, prahlte ein Führer der Mudschahedin: „Neun Jahre lang regierte der Drache die Himmel über Afghanistan. Jetzt ist der Drache tot.“ Die Lösung ist einfach, McDonnell Douglas hat sie – das

„Black Hole Infrared Suppression System“. Nach der Anzeige im *Scientific American* vom Dezember 1987 wirkt das schwarze Loch, indem es die Auspuffgase des Hubschraubers „soweit abkühlt, daß sie von hitzesuchenden Raketen ignoriert werden.“

**Sie erfüllen ihre internationalistische Pflicht**

Die wirkliche Barriere für einen sowjetischen Sieg in Afghanistan ist keine militärische Frage. Wie es ein höherer Beamter Reagans zugab, selbst mit der Bewaffnung durch Stingers, „eine Möglichkeit für den Sieg des Widerstands... hat es nie gegeben.“ Ein Artikel im *Philadelphia Inquirer* (22. Dezember 1987) stellte fest, daß das sowjetische Militär „weiß, daß die Rote Armee nicht durch die Mudschahedin besiegt werden kann“, und über die afghanische Armee: „Es hat eine starke Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Armee gegeben.“ Dies wurde Ende Dezember durch die erfolgreiche Offensive von sowjetischen und afghanischen Truppen bewiesen, die die Guerilla-Belagerung von Khost durchbrach, nur einige Kilometer von der pakistanischen Grenze entfernt, was eine wichtige Nachschubroute unterbrach und mehr als 2000 Aufständischen das Leben kostete. Ein US-Regierungsbeamter beschwerte sich: „Die Sowjets zeigen, daß sie immer noch die Feuerkraft haben, überall hinzugehen, wohin sie wollen.“ Die haben sie auch. Das Hindernis ist politisch.

Gorbatschow hat Afghanistan eine „blutende Wunde“ genannt. Aber es waren die

Anstrengungen der Kreml-Stalinisten, einen Kuhhandel mit den Mullahs und ihren imperialistischen Paten abzuschließen, die den Krieg unnötig in die Länge gezogen haben und die es den USA erlaubten, das Blut der sowjetischen Soldaten fließen zu lassen. Aus der Opposition gegen den Krieg in der Sowjetunion wird viel gemacht; ein winziger Protest in Moskau (acht Protestierer trugen Plakate mit der Forderung „Zieht die sowjetischen Truppen aus Afghanistan ab“) wurde in ein großes Ereignis verwandelt. Aber wie berichtet wird, ist die verbreitetste Forderung auf Demonstrationen von Veteranen des Afghanistan-Kriegs und in Briefen an die sowjetische Presse nicht die nach Abzug, sondern für die *Anerkennung* des heroischen Beitrags zum Internationalismus, den die sowjetische Jugend liefert.

Es hat zunehmend Forderungen gegeben, Fortgesetzt auf Seite 11

**KONTAKTADRESSEN**

**Hamburg:** Spartakist Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31 2000 Hamburg 11 Tel.: (0 40) 33 17 94

**Westberlin:** Postfach 21 07 50 1000 Berlin 21 Tel.: (0 30) 3 93 87 37

ABONNIERT!

**SPARTAKIST**

herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands, internationale Spartacism Tendenz

12 Nummern DM 10,- einschließlich SPARTAKIST, theoretisches Organ der internationalen Spartacism Tendenz (deutsche Ausgabe)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11



L. Y. Leonidow

- Für eine Planwirtschaft basierend auf Sowjetdemokratie!
- Die sowjetischen Archive gehören den Sowjetvölkern – Öffnet die Geschichtsbücher!
- Für bedingungslose Verteidigung der UdSSR gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

## Kehrt zum Weg Lenins und Trotzki zurück!

Fortsetzung von Seite 12

ten, und ging nicht einmal so weit, Bucharin zu rehabilitieren, der 1938 als „Volksfeind“ nach Stalins Schauprozeß gegen den „Block der Rechten und Trotzkiisten“ erschossen wurde.

Aber die Neuaufarbeitung der sowjetischen Geschichte, die unter der Parole von Glasnost begann, hat sich schon zu einem politischen Minenfeld entwickelt, das Löcher in den Zusammenhalt der Bürokratie reißt. Die Diskussionen in der Kremispitze waren so intensiv, berichtete die *New York Times* (26. Oktober 1987), daß ein hitziges Zentralkomiteeplenum sich mit Gorbatschows Rede befaßte, bevor sie gehalten wurde. In der Folge dieses Plenums – auf dem der Moskauer Parteivorsitzende Boris Jelzin, bekannt als engagierter Unterstützer Gorbatschows, gegen das langsame Tempo der „Reform“ wettete – gibt es Berichte der westlichen Presse, daß Jelzins Drohung, von seinem Posten zurückzutreten, angenommen worden sein könnte.

Letzten Februar erklärte Gorbatschow: „Es sollte weder in der Geschichte noch in der Literatur vergessene Namen oder weiße Flecken geben.“ Für Gorbatschow ist die Überwindung der Entfremdung weiter Teile der Intelligenz von den stumpfsinnigen Befehlspägern in der Verwaltung eine Schlüsselaufgabe, um Enthusiasmus für die Perestrojka wachsen zu lassen. Viele Intellektuelle werden von der Eintönigkeit des offiziellen Kulturlebens abgestoßen, und die systematische Verfälschung der sowjetischen Geschichte – die Behandlung von Trotzki, Bucharin und anderen bolschewistischen Führern als Unpersonen – stellt eine Peinlichkeit für sowjetische Gelehrte und sogar Propagandisten dar, die mit ihren westlichen Kollegen umgehen wollen ohne die Last von Lügen, die niemand glaubt, und ohne Vertuschungen, die doch nur ihre Erfinder entlarven.

Gorbatschows „keine weißen Flecken“ hat tatsächlich eine intensive Debatte über Stalins Rolle und das Schicksal der alten Bolschewiki sanktioniert. Im letzten Frühjahr publizierte das Organ des sowjetischen Schriftstellerverbandes den Roman *Kinder des Arbat* von Anatoli Rybakow. Diese vernichtende Schilderung der willkürlichen Grausamkeit und des Terrors in Stalins Moskau der dreißiger Jahre traf einen empfindlichen Nerv und löste eine Flut von Briefen aus. In einem dieser Briefe schrieb der Dra-

matiker Michail Schatrow (dessen Vater an einem blutigen Tag im März 1937 erschossen wurde, als in vier verschiedenen Lagern 6200 ermordet wurden), daß Stalin „objektiv mehr tat für ihre Niederlage – der“ (russischen revolutionären) „Bewegung – als all unsere Klassenfeinde zusammen.“ Etwa zu derselben Zeit publizierte die Juni-Ausgabe von *Nauka i Shisn* (Wissenschaft und Leben) posthum einen Vortrag des bekannten Schriftstellers Konstantin Simonow von 1965, der Stalins Säuberung von Marschall



1917 in Moskau: Rote Soldaten demonstrieren für den Kommunismus

Tuchatschewski und der Offiziere der Roten Armee 1937 heftig angriff. „Wenn es kein 1937 gegeben hätte, hätte es auch keinen Sommer 1941 gegeben“, schrieb er unter Bezug auf den Zusammenbruch der sowjetischen Armee beim Beginn von Hitlers Operation Barbarossa.

### Revolution und Wahrheit

Auf seine eigene Art erkennt Gorbatschow an, daß Trotzkiismus die linke Opposition gegen Stalins Erben ist: „Der Trotzkiismus war eine politische Strömung, deren Ideologen ... durch die linke pseudorevolutionäre Phrase“ getarnt waren. Zwar werden nun die diskreditierten groben Verleumdungen

Trotzki als „Agent des Imperialismus“ in der Sprache der jetzigen sowjetischen Führer durch neue Entstellungen ersetzt, um Gorbatschows neuen Zwecken zu dienen, aber zumindest ist der Weg freigemacht, daß sich Leute in der UdSSR, die sich als linke Kommunisten begreifen, mit der politischen Geschichte von Trotzki kämpfen gegen die Bürokratie auseinandersetzen.

Dies geschieht trotz der Absichten Gorbatschows, dessen Rede zum 70. Jahrestag, was die Verbrechen Stalins angeht, weitaus labri-

ger war als Chruschtschows „Enthüllungen“ vor drei Jahrzehnten (wenigstens schaffte Gorbatschow es, ein gutes Wort für Chruschtschow einzulegen). Chruschtschows berühmte „Geheimrede“ wurde auf einer geschlossenen Sitzung des 20. Parteitages 1956 gehalten. Als Stalin 1953 starb – nachdem er sämtliche Gegner vernichtet und einen durch den massiven Terror der Geheimpolizei gestützten Apparat der Alleinherrschaft aufgebaut hatte –, wurde ein Machtkampf innerhalb der Bürokratie entfesselt. Die Kremispitzen – die Komplizen bei Stalins Verbrechen waren oder zumindest daran beteiligt, sie zu vertuschen – mußten einige der besonders lästigen und bizarren Ausprägungen von Stalins persönlicher Diktatur abbauen. So wurde einige Monate nach Stalins Tod sein gefürchteter Chef der Geheimpolizei, Lawrenti Berija, im Kreml erschossen und nach seinem Tod beschuldigt, seit 1919 ein britischer Spion gewesen zu sein!

Chruschtschows Zurückweisung des Personenkults wurde durch die Veröffentlichung von Lenins „Testament“ unterstützt, das in der Zeit von Dezember 1922 bis Januar 1923 vor dem 12. Parteitag diktiert, aber zum ersten Mal den Delegierten des 13. Parteitages im Mai 1924 nur mündlich und heimlich mitgeteilt und danach von Stalin unterdrückt wurde. Als Gorbatschow in seiner Ansprache am 2. November auf Lenins „Testament“ einging, übergab er sorgfältig den Aufruf Lenins, „sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen“, nämlich die des Generalsekretärs (*Werke* Bd. 36, S. 580). Gorbatschow wollte die erlaubten Grenzen von Glasnost abstecken.

Aber dies ist nicht so einfach. Während des

„Taufwetters“ unter Chruschtschow wurde sich eine bedeutende Schicht der sowjetischen politischen Elite einiger hervorragender Züge der russischen Geschichte bewußt. In den letzten Monaten seines aktiven Lebens, die von kritischer Bedeutung waren, nahm Lenin bekanntermaßen einen Kampf gegen die Bürokratie auf. Aber die Bürokratie gewann, und diese Tatsache ist entscheidend, um die Sowjetunion heute zu verstehen.

Lenin ging einen politischen Block mit Trotzki gegen die Troika von Stalin und seinen damaligen Verbündeten Sinowjew und Kamenjew ein. Er suchte Trotzki aktive Unterstützung für die Verteidigung des staatlichen Außenhandelsmonopols und um dem Mißbrauch der Arbeiter- und Bauerninspektion (Rabkrin) Einhalt zu gebieten, die bis Mitte 1922 von Stalin geleitet wurde und ihm auch danach eng verbunden blieb. Insbesondere versuchte Lenin, Trotzki für einen harten Kampf zu rüsten gegen Stalins willkürliche Mißhandlung der Nationalitäten, insbesondere der Georgier, die nach der nationalen Unterdrückung durch den Zaren Garantien für die Gleichheit der Nationen in der Union der Sowjetrepubliken verlangten. Lenin bestand darauf, daß man Stalins obersten Statthalter Grigori Ordsonikidse wegen Brutalität und großrussischem Chauvinismus in der Frage Georgiens „exemplarisch bestrafen“ müsse. Und er fügte hinzu: „Politisch verantwortlich für diese ganze wahrhaft großrussisch-nationalistische Kampagne müssen natürlich Stalin und Dzierzynski gemacht werden“ („Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘“, Dezember 1922, *Werke* Bd. 36, S. 595).

Aber Trotzki zog sich zurück aus dem harten Kampf, zu dem Lenin drängte. Er war nicht in der Lage vorauszusagen, in welche Richtung Stalin gehen würde (Stalin wußte es wahrscheinlich selbst nicht). Und er war einigermaßen isoliert: Zwar stellte er nun die Nummer zwei im sowjetischen Staat dar, doch war er den Bolschewiki erst nach der Februarrevolution beigetreten (obwohl er persönlich dann die Oktoberrevolution leitete). Er fürchtete, daß man von ihm dachte, er würde seinen eigenen Vorteil suchen. Trotzki sah sich genötigt, zu lange zu bescheiden zu sein, als die Notwendigkeit, eine revolutionäre Politik zu erhalten, es verlangte, daß er nachdrücklich auf die Durchsetzung der leninistischen Politik drängt, die er als die eigene angenommen hatte, und daß er damit also selbst nach vorne drängt.

Unter den Bedingungen der Erschöpfung und Atomisierung des sowjetischen Proletariats durch den Bürgerkrieg und der daraus folgenden Verwüstung der Wirtschaft – die durch die Niederlage der Deutschen Revolution 1923 ausgelöste Demoralisierung kam noch dazu – hörten die Sowjets auf, als Regierungsorgane zu funktionieren. Aber innerhalb der bolschewistischen Partei konnten noch Debatten geführt werden, und im Dezember 1923 wurden die Seiten der *Prawda* ein letztes Mal geöffnet, um der Parteidiskussion Luft zu machen.

Lenin war durch Krankheit außer Gefecht gesetzt und starb 54jährig am 21. Januar 1924. Auf dem 13. Parteitag im Januar 1924 reduzierten Stalin und seine Verbündeten in der „Troika“ (Sinowjew und Kamenjew) die Parteidemokratie zu einer leeren Hülle, um das entscheidende Übergewicht an sich zu reißen. Im Herbst 1924 kündigte Stalin sein neues Schema des „Sozialismus in einem Land“ an: die Negation der leninistischen Auffassung, daß das Überleben der Oktoberrevolution von ihrer internationalen Auswei-



Publifoto

Nikita Chruschtschow spricht auf dem 20. Parteitag 1956. Auf einer geschlossenen Sitzung brandmarkte er Stalins Verbrechen; dies wurde durch die Veröffentlichung von Lenins „Testament“ untermauert

tung, vor allem auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, abhängt.

Trotzki erklärt in *Verratene Revolution*, daß die soziale Basis für den Aufstieg der Bürokratie in der Knappheit liegt: „Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wenn die Schlange sehr lang wird, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie.“ „Sozialismus in einem Land“ spiegelt auf „theoretischer“ Ebene das erwachende Selbstbewußtsein der entstehenden Bürokratie wider; von nun an würde sie mit Bedacht handeln, um ihre Privilegien zu bewahren.

Um seine Macht weiter zu konsolidieren, ging Stalin eine Reihe von Blöcken mit diversen Parteiführern ein und löste sie dann wieder auf, so daß er einen impressionistischen Zickzackkurs verfolgte. Nachdem er beispielsweise die Linken Oppositionellen zerschlagen hatte, konnte er ruhig Teile ihres Programms annehmen. Stalin hatte ihre Vorschläge, die von der Wirtschaftspolitik der Rechten entfesselten katastrophalen Folgen zu stoppen, stets bekämpft. Die Rechte (geleitet von Bucharin, Rykow und Tomski) kehrte der Notwendigkeit einer Politik der sozialistischen *Industrialisierung* den Rücken; gleichzeitig spielte sie auf dem Land den reichen Bauern die Oberhand zu. Doch nun oktroyierte Stalin den Schwank zur *Zwangs-kollektivierung* auf. Die mutwillige Brutalität und die ungeheuren Kosten dieser Politik in bezug auf menschliches Leiden soll in der Sowjetunion heute noch ein Geheimnis sein. Im Verlauf dieses „Links“schwanks brach Stalin mit der Rechten Bucharins und zerstörte sie politisch.

Um die Herrschaft der konservativen bürokratischen Kaste zu sichern, reichte es für Stalin nicht aus, seine politischen Gegner zu zerschlagen und zu isolieren. Er mußte sogar die Stalin-Fraktion selbst zerstören, da viele ihrer führenden Mitglieder dagegen waren, kommunistische Gegner ihrer Fraktion zu erschießen.

Auf dem 17. Parteitag der 1934 schon mehrfach gesäuberten Partei wurde Stalins Wiederwahl als Generalsekretär in einer geheimen Abstimmung durchgeführt – und etwa 20 Prozent stimmten gegen ihn. 1934 wurde die Ermordung Kirows – eines langjährigen Mitglieds der Stalin-Fraktion, das als Stalins potentieller Rivale betrachtet wurde – zum Vorwand für Massenmord genommen, einschließlich einer blutigen Rache an den Teilnehmern des 17. Parteitags. Wegen der geheimen Abstimmung konnte Stalin die „Feinde“, die gegen ihn gestimmt hatten, nicht von den „loyalen“ 80 Prozent unterscheiden – also brachte er im wesentlichen alle um. In Chruschtschows Rede 1956 wurde enthüllt, daß 70 Prozent der auf dem 17. Parteitag gewählten Zentralkomiteemitglieder hingerichtet wurden, zusammen mit einem fast gleichen Anteil der Delegierten des Parteitags.

Die Degeneration der bolschewistischen Revolution spiegelte sich auch in Moskaus Anleitung der kommunistischen Weltbewe-

gung wider. Mitte der Zwanziger förderte die Kommunistische Internationale Revolution durch bürokratische Mittel und verwickelte sich manchmal (besonders Sinowjew ist dafür bekannt) in leichtsinnige Aufstandsabenteuer. Bei der Chinesischen Revolution 1925–27 waren Stalin und sein damaliger Partner Bucharin völlig desorientiert: Zuerst krochen sie vor der bürgerlich-nationalistischen Kuomintang auf dem Bauch, dann inszenierten sie einen abenteuerlichen Aufstand, die Kanton Kommune. Was auch immer Stalin versuchte, es klappte nicht. Während der sogenannten „Dritten Periode“, die in den späten zwanziger Jahren einsetzte, nahm die Internationale ein ultralinkes und sektiererisches Gehebe an – das in Deutschland den Sieg des Nazismus ohne einen Kampf des mächtigen deutschen Proletariats ermöglichte.

Stalin, der den wiedererwachenden, sich wieder bewaffnenden deutschen Imperialismus unter Hitler fürchtete, suchte dann verzweifelt nach einem Bündnis mit den „demokratischen“ imperialistischen Mächten, Frankreich und Britannien, unter dem Etikett der 1935 beschlossenen „Volksfront“. Stalins Erwürgung von Revolutionen im Ausland im Namen der „Volksfront“ ging Hand in Hand mit der Vernichtung der alten Bolschewiki innerhalb der UdSSR. Die Moskauer Prozesse fanden gleichzeitig mit dem Verrat Stalins an der Spanischen Revolution statt, um das Vertrauen der kapitalistischen Regierungen in Paris und London zu erwecken. Eine erfolgreiche proletarische Revolution in Spanien hätte die Arbeiter aller Welt inspirieren können – und den sowjetischen Arbeitern die revolutionäre Zuversicht geben können, die Kreml-Oligarchie hinwegzufegen. Stattdessen entsandte Stalin eine Welle von GPU-Agenten und „Kommissaren“ nach der anderen, um die fortgeschrittenen



W. W. Loboda

W. I. Lenin in Gorki, 1922

Abteilungen der aufständischen Arbeiterbewegung, die für die sozialistische Revolution kämpfen wollten, zu zerschlagen; seine „praktische“ Politik bestand darin, daß die Arbeiter die Republik stützen sollten, um gegen General Franco „den Krieg zu gewinnen“. Das Ergebnis war der Sieg Francos, der während der nächsten vier Jahrzehnte Spanien beherrschte. Dies war „Sozialismus in einem Land“ in Aktion und in anderen Ländern. Aufgrund solcher Verbrechen am internationalen Proletariat brandmarkte Trotzki Stalin als den „Totengräber der Revolution“.

Von der Zeit seiner Exilierung aus Rußland 1929 bis zu seinem Tode durch die Hände eines stalinistischen Mordschergen 1940 trug Trotzki das Banner der Linken Opposition voran, der Bewahrerin der authentischen Tradition von Lenins bolschewistischer Partei. Im Gegensatz zum obszönen Spektakel der falschen „Geständnisse“, die in den Moskauer Prozessen vorgeführt wurden – Geständnisse, die nicht nur durch Terror erreicht wurden, sondern auch durch den Glauben der bestürzten Opfer, daß sie „der Revolution dienen“, wenn sie bei Stalins monströsen Anklagen mitspielen –, weigerten sich Trotzki und seine Genossen in Rußland, zu „gestehen“ oder ihre revolutionären Ansichten zu widerrufen.

Jahre später zollte Leopold Trepper, der kein Trotzki war (tatsächlich war er ein polnischer jüdischer Kommunist, der die „Rote Kapelle“, das sowjetische Spionagenetzwerk in Nazideutschland und im besetzten Europa während des Zweiten Weltkriegs aufgebaut und geleitet hatte), den Trotzkiisten für ihre Standfestigkeit Tribut. Vernichtend nimmt er „alle, die sich nicht gegen die stalinistische Todesmaschinerie aufgelehnt haben“ aufs Korn, fragt: „Wer hat denn damals protestiert?“ und gibt die Antwort:

„Solche Ehre dürfen nur die Trotzkiisten für sich in Anspruch nehmen...“ (sie kämpften) „unerbittlich gegen den Stalinismus – als einzige...“

Mit Recht klagen die Trotzkiisten heute jene an, die damals mit den Wölfen heulten und nach dem Henker riefen. Doch sollten sie nicht vergessen, daß sie uns gegenüber den ungeheuren Vorteil hatten, ein geschlossenes System zu vertreten, das geeignet war, den Stalinismus abzulösen, und an dem sie in der tiefen Not der verratenen Revolution Halt fanden. Sie ‚gestanden‘ nicht, denn sie wußten, daß ihr Geständnis weder der Partei noch dem Sozialismus nützte.“ (Leopold Trepper, *Die Wahrheit*, 1978)

### Widersprüche in Gorbatschows Rußland

Der Kontrast zwischen der fieberhaften Debatte über die Rede Gorbatschows zum 70. Jahrestag und deren vorsichtig gehaltenem Inhalt unterstreicht die Widersprüche von Gorbatschows Rußland. Die Linie Gorbatschows ist die Antwort der Kreml-Oligarchie auf die geänderten Realitäten in der Sowjetunion. Der neue Generalsekretär versucht, die bürokratische Verwaltungsherrschaft aufrechtzuerhalten angesichts einer nennenswerten kultivierten Kleinbourgeoisie und dem von den sowjetischen Massen empfundenen Bedürfnis nach einem besseren Leben. Die Schicht der Intellektuellen, die Stalin während seiner Herrschaft weitgehend zerstörte, ist jetzt eine bedeutende Schicht der sowjetischen Gesellschaft, sie und die Bürokratie gehen ineinander über. Gorbatschow – ein Vertreter der neuen Generation von stalinistischen Bürokraten, die nicht persönlich an Stalins Verbrechen teilgenommen hat – ist außerdem seit Lenin der erste Führer der Sowjetunion mit einer Universitätsausbildung. Es ist lange her, daß Terror unvermittelt und offen angewendet wurde; es sind nicht mehr Millionen von Leuten in Zwangsarbeitslagern; die Polizei-staatsunterdrückung ist indirekter geworden. Unter diesen Bedingungen und mit diesen Zwängen muß Gorbatschow die Gesellschaft aufrütteln, als Mittel, die Schwerfälligkeit der sowjetischen Wirtschaft zu überwinden.

Die Kremlbürokratie steht einer neuen Generation gegenüber, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt nicht mehr an dem verwüsteten Rußland nach seinem Sieg über Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg mißt. Boris Kagarlizki, ein sowjetischer Soziologe und ein wesentlicher Organisator der neugegründeten Föderation sozialistischer gesellschaftlicher Klubs, stellt fest:

„Das Land, das Gorbatschow geerbt hat, ist schon nicht mehr dasselbe wie das, das in Chruschtschows Hände kam. Es ist eine verstädterte Gesellschaft mit einer großen Zahl von Stadtbewohnern und Facharbeitern, die das auch schon Generationen lang sind... Junge Leute haben keine Fortgesetzt auf Seite 8



G. P. Goldshtein



State Fine Arts Publishers

**Stalins Fälscherschule: Im Originalfoto (oben) steht Trotzki auf den Stufen der Rednertribüne; spätere Versionen lassen ihn einfach verschwinden. Der verstorbene Isaak Deutscher bemerkte, daß er als Biograph Trotzki unter „einem ‚Berg toter Hunde‘, unter einer riesigen Last falscher Beschuldigungen und des Vergessenseins“ ausgraben mußte. Die sowjetischen Archive gehören den Sowjetvölkern – Öffnet die Geschichtsbücher!**

# Lenin und Trotzki...

Fortsetzung von Seite 7

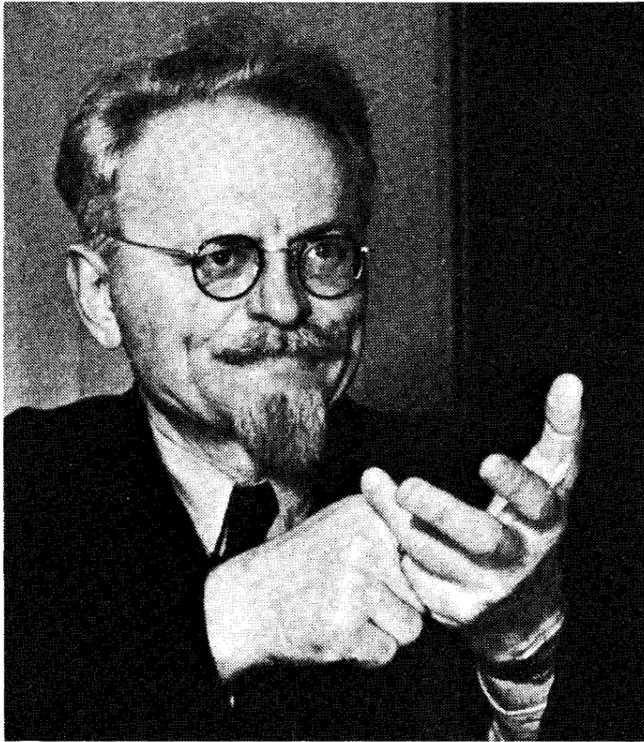
Erinnerung an die Armut der Vierziger, doch sie reagieren scharf auf jede Drohung, ihren jetzigen Lebensstandard zu senken.“ (*New Left Review*, Juli/August 1987)

Worum es hier geht, ist nicht einfach ein Verlangen nach westlichem Klimbim oder Lust auf Konsum. Anders als im Westen gibt es in Rußland ein Gefühl, daß das Land doch der arbeitenden Bevölkerung gehört. Tatsächlich, jedenfalls nach der offiziellen Ideologie, ist die Sowjetunion angeblich dabei, den „Sozialismus aufzubauen“ und sich auf eine klassenlose Gesellschaft zuzubewegen – dem Verschwinden der sozialen Ungleichheit auf der Basis des materiellen Überflusses. Die Leute müssen sich einfach wundern, warum eine Wirtschaft, die Satelliten in den Weltraum schießen kann, kein Paar vernünftiger Turnschuhe produzieren „kann“.

So sieht sich Gorbatschow einem anderen politischen Bewußtsein gegenüber als im kapitalistischen Westen. Als er nach Murmansk reiste, hoch über dem Polarkreis, sprach der sowjetische Führer von „revolutionären Aufgaben“ und gab den Marschbefehl aus: „Arbeit – das ist, was jetzt getan werden sollte.“ Dies wird sicherlich radikale Veränderungen in einem Land bedeuten, in dem während der Breschnew-Periode der Standardwitz war: „Wir tun so, als ob wir arbeiten, und sie tun so, als ob sie uns bezahlen.“

In seinem Streben, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen, hat Gorbatschow mehr als nur Ermahnungen vor. Unter der Rubrik Perestroika zielt die gegenwärtige Kreml-Führung darauf ab, die zentralisierte Wirtschaftsplanung auf ein Minimum zu reduzieren zugunsten eines „Marktsozialismus“ ähnlich wie in Ungarn und Jugoslawien. Wenn dieses Programm durchgeführt wird – und es wird bestimmt einen gewaltigen Widerstand gegen die Perestroika geben, nicht nur aus der Arbeiterklasse, sondern auch wegen der althergebrachten Privilegien aus der Bürokratie –, wird es die kollektivierten Eigentumsformen unterhöhlen und die internen Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution stärken. In Jugoslawien haben vier Jahrzehnte „Marktsozialismus“ im Namen der „Selbstverwaltung“ die höchste Inflationsrate in Ost- oder Westeuropa sowie massive Arbeitslosigkeit hervorgebracht und Nationalitätenkonflikte verschärft, die das Land auseinanderreißen können. Gorbatschows Rußland ist weit entfernt vom heutigen Jugoslawien, aber mit der Perestroika wird derselbe Weg beschritten.

Zur gleichen Zeit hat Glasnost eine enorme politische und intellektuelle Gärung entfesselt. Ein breites Spektrum heterogener, sozialistisch orientierter informeller Gruppen, der Neformalny, taucht auf. Laut *Ogonjok* gibt es allein in Moskau 1000 dieser Neformalny-Gruppen, weitere 200 in Leningrad, die von „grünen“ Ökologengruppen bis zu Rockklubs und radikalsozialistischen Zirkeln reichen. Das Gorbatschow-Regime hat diese Gruppen toleriert (und manche Elemente des Regimes haben sie bisher augenscheinlich gefördert), aber dies kann juristisch umgekehrt werden – die inoffiziellen Gruppen können plötzlich *wirklich* inoffiziell werden. Schon jetzt stecken die obersten Bürokraten des Komsomol (Kommunisti-



AP

scher Jugendverband) Pläne ab, um die Vermehrung politischer Gruppen außerhalb der direkten Kontrolle der Bürokratie zu bekämpfen:

„Laut des von der Propagandaabteilung des Komsomol vorbereiteten Dokuments üben viele der Gruppen eine wertvolle Funktion aus, doch wird beklagt, daß andere die Werke von politisch unakzeptablen Denkern wie Leo Trotzki lesen und manche anscheinend versuchen, sich in Konkurrenz mit den staatlichen Organisationen zu setzen.“ (*New York Times*, 8. November 1987)

Wo nach 60 Jahren der Deckel der Repression gelüftet wird, kommen auch einige abscheuliche Gestalten aus dem politischen Untergrund gekrochen. Die finsterste Entwicklung unter Glasnost war das verstärkt öffentliche Auftreten des „heimat“bezogenen russischen Faschismus, der verkörpert wird durch Pamjat (Besinnung), die letzten Mai vor dem Kreml demonstrierte; siehe „Bolshevik Revolution Smashed the Anti-Semitic Black Hundreds: Pamyat – Russian Fascists Raise Their Heads“ (Bolschewistische Revolution zerschlug die antisemitischen Schwarzhunderter: Pamjat – russische Faschisten erheben ihr Haupt), *Workers Vanguard* Nr. 434, 7. August 1987. Diese Gruppe, die gegen Heavy-Metal-Rockmusik, Alkoholismus, Drogen und „lockere Moral“ unter der sowjetischen Jugend wettet, greift auf den Antisemitismus der zaristischen Schwarzhunderter zurück. Sie versucht, die schlimmsten Auswüchse des Stalinismus – der Antisemitismus gegen die trotzkistische Linke Opposition benutzte – mit der Rückständigkeit, die die altrussische orthodoxe Kirche verkörpert, zu verschmelzen. Pamjat hat allerdings ein Problem – sie sind heimatbezogene russische Faschisten, die jedoch gezwungen sind, an den Patriotismus aller sowjetischen Völker zu appellieren –, weil die halbe Bevölkerung der Sowjetunion aus nichtrussischen Nationalitäten besteht.

Pamjat ist nicht irgendein Sammelsurium aus alten Kirchgängern und rechten Spinne- rern, das am Rand der sowjetischen Gesellschaft besteht. Manche ihrer Führer rekrutieren sich aus Bestandteilen der Bürokratie, und die Organisation genießt Berichten zufolge den Schutz des Ministeriums für die Luftfahrtindustrie sowie von Mitgliedern in

**Trotzki verurteilt Stalins Mordversuch, 1940. Er kapitulierte nie vor den bürokratischen Usurpatoren. Einige Monate später, im August 1940, wurde er von einem stalinistischen Mörder umgebracht**

den höchsten Rängen der Hierarchie der Kommunistischen Partei. Trotzki machte im Übergangsprogramm die Bemerkung, daß „innerhalb der Bürokratie alle Schattierungen politischen Denkens vorhanden sind: vom echten Bolschewismus (Ignaz Reiss) bis zum vollendeten Faschismus (Th. Butenko)“, zwischen denen das stalinistische Zentrum eine bonapartistische Rolle spielt. Die



Basil Blackwell Inc.

**Demonstration von Linken Oppositionellen in der Verbannung in Sibirien am Jahrestag der bolschewistischen Revolution, 1928. Das Banner in der Mitte mit den Bildern von Lenin und Trotzki proklamiert: „Es lebe die Diktatur des Proletariats“**

Tendenz zu einer solchen Polarisierung existiert deshalb, weil die Bürokratie keine herrschende Klasse ist, sondern eine Kaste, die keine ideologische Rechtfertigung für ihre Herrschaft besitzt und behauptet, für die revolutionären Ideale einzutreten, die sie verrät.

Selbst die mystische Blut-und-Boden-Rhetorik, ein Markenzeichen des Faschismus, kann unter einigen sowjetischen Apparatschiks ein Echo finden. Zum Beispiel verteilte ein Funktionär des Moskauer Komsomol Mitte der Sechziger ein Flugblatt, in dem gefordert wurde:

„Liebe für das Mutterland ist eine notwendige und hinreichende Bedingung für die Staatsbürgerschaft. Ein Ahnenkult muß eingerichtet werden...“

Zunächst ist es nötig, einen langanhaltenden Feldzug zu führen für die einheimischen, moralischen und physiologischen Werte der jungfräulichen Reinheit und Ehre, und um die jungen Leute von der verbrecherischen Natur des vorehelichen Sexualverkehrs zu überzeugen. Wir dürfen auch nicht davor Halt machen, althergebrachte Bauerntraditionen zu fördern: Tore mit Teer zu bestreichen, das Bettlaken nach der Hochzeitsnacht öffentlich zu zeigen, die körperliche Züchtigung von Frauen, die sich Ausländern hingeben, ihre Brandmarkung und Sterilisierung.“ (zitiert nach Alexander Yanov, *The Russian New Right*, 1978)

Die Strömung des einheimischen russischen Faschismus, die durch Pamjat vertreten wird, stößt auf weitverbreitete, heftige Abweisung unter der Intelligenz und der politischen Elite. Ein Treffen von 600 Vertretern von 50 inoffiziellen Gruppen letzten August in Moskau war zu einem großen Teil eine Antwort auf Pamjat. Aus diesem Treffen entstanden zwei Zusammenschlüsse. Einer war der Kreis sozialer Initiativen, mit einer losen Mitgliedschaft und einem breiten sozialen Programm ähnlich dem der westeuropäischen Grünen; ihre Erklärung proklamierte die Ideale „Sozialismus, Demokratie, Humanismus und Fortschritt“. Der zweite war die Föderation sozialistischer gesellschaftlicher Klubs, darunter 16 Gruppen, die ein Manifest unterzeichneten. Die Sozialistischen Klubs, die als einen Bestandteil

anscheinend auch Veteranen der Intervention der Roten Armee in Afghanistan haben, sind ebenfalls politisch *extrem heterogen*. Unter ihnen ist der Perestroika-Klub, der von einigen Gorbatschow am nächsten stehenden ökonomischen Beratern gefördert wird. Andere nennen sich Che-Guevara-Brigade oder Junge Internationalistische Kommunisten.

Das Manifest der Föderation enthält eine implizite Verurteilung von Pamjat, die Forderung nach der „Demokratisierung des Wahlsystems“ und einen Aufruf, „revolutionären, Befreiungs- und demokratischen Bewegungen in der kapitalistischen Welt und Entwicklungsländern Unterstützung und Solidarität zu bekunden“ (*Londoner Guardian*, 12. September 1987). Gleichzeitig erklärt das Manifest, daß „Leben und Tod des Sozialismus in der UdSSR vom Erfolg der Perestroika abhängt“, und verlangt, „die Wirtschaft auf Selbstverwaltung umzustellen“.

Obwohl es viele widersprüchliche Tendenzen innerhalb der Sozialistischen Klubs und anderer Neformalny gibt, ist das politische und intellektuelle Klima in Gorbatschows Rußland sehr verschieden von dem im Polen der Solidarność in den frühen achtziger Jahren. Solidarność war eine gelbe „Gewerkschaft“ für CIA, Vatikan und Frankfurter Bankiers. Ihre Führer und Unterstützer verehrten Ronald Reagan und standen im Sold des US-Imperialismus. Sie schmähten

Wide World



**Nach Lenins Tod riß die Troika Stalin, Leo Kamenjew (zweiter von rechts) und Gregori Sinowjew die Parteikontrolle an sich (Zweiter von links ist Alexei Rykow)**



**Gorbatschow und seine Frau Raisa besichtigen eine Textilfabrik in Tallinn, Estnische Sowjetrepublik. Bürokratischer Parasitismus und Mißwirtschaft verkrüppeln die Sowjetwirtschaft. Für Arbeiterkontrolle am Ort der Produktion und zentrale Planung auf der Grundlage von Sowjetdemokratie!**

Sovfoto über TASS

Polens größten Marxisten, Rosa Luxemburg, und machten Marschall Pilsudski, den faschistoiden Diktator Polens zwischen den Weltkriegen, zum Idol.

In Gorbatschows Rußland sucht eine Anzahl von Intellektuellen und politisch bewußten Arbeitern den Weg zurück zu Lenin. Die Bedingungen für die Regeneration des leninistisch-trotzkistischen Verständnisses sind reif. Wie es auch im Übergangsprogramm, dem vor 50 Jahren geschriebenen Gründungsdokument der Vierten Internationale, heißt: „Die unbesiegbare Stärke“ des Trotzismus in der UdSSR „besteht jedoch darin, daß er nicht nur der revolutionären Tradition, sondern auch der gegenwärtigen Opposition der Arbeiterklasse Ausdruck gibt.“ „Der neue Aufschwung der Revolution in der UdSSR“, schrieb Trotzki, „wird ohne jeden Zweifel unter dem Banner des Kampfes gegen die soziale Ungleichheit und die politische Unterdrückung beginnen.“

Heute kann ein Programm für die politische Revolution in der Sowjetunion, um die privilegierte Bürokratie hinauszuerwerfen und die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen, ausgehend von den Losungen entwickelt werden: Stalin mißbrauchte die zentrale Wirtschaftsplanung – für zentrale Wirtschaftsplanung mit Sowjetdemokratie! Die sowjetischen Archive gehören den Völkern der Sowjetunion – öffnet die Geschichtsbücher! Für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution! Dies kann die Basis eines revolutionären Programms sein, um die Sowjetunion wieder auf den Weg von Lenin und Trotzki zu bringen.

**Für zentrale Wirtschaftsplanung mit Sowjetdemokratie!**

Unter der Parole der Perestroika hat Gorbatschow dazu aufgerufen, „unsere aufgeblasene Bürokratie zu straffen“, die 18 Millionen Funktionäre umfaßt, etwa 15 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Letzten Januar argumentierte er in seiner Rede vor dem Zentralkomitee, daß der Mangel an Demokratie eine weitverbreitete Entfremdung unter der Arbeiterklasse produziert habe. Eine ganze Schicht, auch von Jugendlichen, ist „zynisch“ geworden und nur an „materiellem Wohlstand und Gewinn, durch welche Mittel auch immer“ interessiert, die Arbeitsdisziplin bricht zusammen, und es gibt einen Anstieg des Alkoholismus und des Drogenkonsums. Und all dies sind Hindernisse der wirtschaftlichen Entwicklung.

Vor fünfzig Jahren schrieb Trotzki über die Grenzen der stalinistischen Industrialisierung:

„Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich dreimal so teuer. Aber je weiter der Weg geht, umso mehr läuft die Wirtschaft auf das Problem der Qualität hinaus, die der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint wie vom grauen Stempel der Gleichgültigkeit gezeichnet. In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativfreiheit voraus, d. h. Bedingungen, die mit einem

totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind.“ (*Verratene Revolution*, 1936)

Trotzkis Übergangsprogramm liefert ein Programm für einen Ausweg aus dieser Sackgasse, für die „Reorganisation der Planwirtschaft von oben bis unten gemäß dem Interesse der Produzenten und Konsumenten“, für die Arbeiterkontrolle am Ort der Produktion als Grundlage wirklicher Sowjetdemokratie. Aber dieses Programm bedeutet den Rauswurf der Kremlobükratie, die eine auf der Arbeiterklasse sitzende parasitäre Kaste bildet, entsprechend der Gewerkschaftsbükratie im westlichen Kapitalismus.

Als Alternative zur Arbeiterdemokratie schlägt das Gorbatschow-Regime marktorientierte Wirtschaftsreformen vor. Diese wurden auf der ZK-Sitzung im Juni 1987 verordnet und kurz danach in neuen Gesetz über Staatsbetriebe in Kraft gesetzt. Nach Gorbatschows Programm der „grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung“ sollen bis Ende 1990 die einzelnen Betriebe bestimmen, was sie produzieren und in welchen Mengen, den militärischen Bereich ausgenommen. Die meisten Preissubventionen werden schließlich beseitigt werden. Den Managern der Betriebe wird es ermöglicht, Löhne und Prämien zu kürzen und „überzählige“ Arbeiter zu entlassen. Wenn ihre Einnahmen dann immer noch nicht die Kosten decken, werden sie geschlossen.

Stalin hat die zentrale Wirtschaftsplanung in Verruf gebracht. Die heutigen wirtschaftlichen Krankheiten der Sowjetunion sind nicht das Ergebnis der zentralen Wirtschaftsplanung. Dadurch, daß die Produktivkräfte den Kapitalisten und Grundbesitzern aus den Händen gerissen wurden und die Anarchie des

Markts überwunden wurde, konnte die Sowjetunion den Sprung von einem zurückgebliebenen Bauernland zu einer industriellen und militärischen Großmacht in einigen Jahrzehnten brutaler Anstrengung schaffen. Die zentralisierte Planung war ein lebenswichtiger Faktor in dieser historischen und fortschrittlichen Errungenschaft. Die Sowjetunion hat eine Wirtschaft aufgebaut, in der es Arbeit für jeden gibt, der arbeiten will, kostenlose Schulausbildung für jeden, kostenlose Gesundheitsversorgung. Es mag ärgerliche Engpässe geben, aber es gibt keinen Hunger im Gegensatz zu den USA, wo 20 Millionen chronisch hungern. Wohnungen sind knapp – viele junge Paare leben bei ihren Schwiegereltern –, aber niemand lebt auf der Straße wie Hunderttausende Obdachlose in den USA.

Es ist die bürokratische Deformation der Planwirtschaft durch die Stalinisten, die die Sowjetunion zur Stagnation gebracht hat. Und die zentralisierte Wirtschaftsplanung zu demontieren, während gleichzeitig imperialistische Giganten umworben werden, gemeinsame Unternehmen zu errichten, und eine neue Klasse kleinkapitalistischer Unternehmer geschaffen wird, wird notwendigerweise Arbeitslosigkeit und Inflation mit sich bringen; und dies wiederum nährt die internationalen Kräfte, die auf die blutige Restauration des Kapitalismus hindrängen.

**Die Nationale Frage in der UdSSR**

Zentralisierte Wirtschaftsplanung war auch der entscheidende Faktor, um die über 100 Nationen und nationalen Gruppen, aus denen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken besteht, zusammenzuschweißen.

Die zentralisierte Zuweisung der Wirtschaftsressourcen hat sehr viel dazu beigetragen, die einst ungeheure Kluft zwischen den Turkvölkern Sowjet-Zentralasiens – vor wenigen Generationen noch umherziehende Hirtenvölker – und den Völkern des europäischen Rußland wesentlich zu verringern. Ein Fabrikarbeiter in Buchara oder Taschkent erhält einen ähnlichen Lohn und Sozialleistungen wie seine Kollegen in Moskau, Leningrad oder Kiew. Im Vergleich dazu muß man sich Jugoslawien anschauen, wo „Marktsozialismus“ und Selbstverwaltung der Betriebe die Ungleichheit der Nationen vergrößert und die nationalen Feindseligkeiten gefährlich zugespitzt hat.

Die Imperialisten lechzen danach, nationalistische Ressentiments innerhalb der Sowjetunion als Rammbock für die Konterrevolution auszubeden, insbesondere durch die von Zionisten dirigierte Kampagne für die „Befreiung des sowjetischen Judentums“ und auch durch die vom CIA geführten Rechten, die von „gefangenen Völkern“ reden. Als die Rote Armee in Afghanistan einmarschierte, warteten die Imperialisten mit triefenden Mäulern darauf, daß der islamische Fanatismus sich bei den moslemischen Völkern Sowjet-Zentralasiens einschleichen würde. (Tatsächlich kamen viele der in Afghanistan eingesetzten sowjetischen Soldaten aus dieser Gegend und wissen sehr wohl, daß die Oktoberrevolution ihre Heimat von fürchterlicher Rückständigkeit befreit hat.) Im vergangenen Jahr stiftete Radio Freies Europa eine nationalistische Provokation in Estland an – die bloß einige hundert Leute anzog.

Aber bis die politische Revolution wieder leninistischen Internationalismus zum Kreml zurückbringt, wird die Nationalitätenfrage eine Zeitbombe bleiben. So führten letzten Dezember in Alma-Ata (Kasachstan) Tausende von Studenten eine gewalttätige Protestaktion durch, nachdem Gorbatschow den kasachischen Parteiführer Dinmucharmed Kunajew hinausgeworfen und durch einen ethnischen Russen ersetzt hatte. In seiner Rede vor dem Zentralkomitee im Januar 1987 ging Gorbatschow auf die Befürchtungen ein, daß die Sowjetunion durch eine Eskalation widerstreitender nationaler Interessen zerstört werden könnte. Sein Regime scheint sich insbesondere auf eine Art Lösung der jüdischen Frage zuzubewegen und erörtert dabei eine zweigleisige Politik: den Juden, die es wollen (darunter sind viele Zionisten), die Auswanderung zu erlauben, und gleichzeitig die Eintragung der „Nationalität“ im Personalausweis abzuschaffen, was die völlige Assimilierung der großen Mehrheit der sowjetischen Juden erleichtert, die kein Verlangen danach haben, Israelis (oder, öfter wohl, New Yorker) zu werden.

Die bolschewistische Revolution schuf die Grundlagen für die vollständige Emanzipation aller Nationen des früheren zaristischen

Fortgesetzt auf Seite 10



**Bulletin Nr. 52/53, Oktober 1936**  
**Schlagzeile: „Der Moskauer Prozeß – Prozeß gegen den Oktober“**  
**Bildunterschrift: „Die wirklichen Angeklagten“**

**Bulletin der Opposition**  
 (Bolschewiki-Leninisten)

Das vollständige russische **Bulletin der Opposition** ist eine Primärquelle, dokumentarische Aufzeichnung des Kampfes der Bolschewiki-Leninisten in der Periode von Leo Trotzki's Verbannung aus der Sowjetunion 1929 bis zum August 1941. Das **Bulletin** sprach die dringenden programmatischen Fragen an, mit denen Revolutionäre angesichts des Zweiten Weltkriegs konfrontiert waren – Hitlers Aufstieg zur Macht, die Volksfront, die Verteidigung der Sowjetunion. Trotzki war Redakteur des **Bulletin**, des während dieser Periode am stärksten und direktesten von ihm beeinflussten Journals. Eine Anmerkung der Redaktion in der ersten Ausgabe hielt fest: „Das unmittelbare Ziel dieser Publikation ist es, dem praktischen Kampf der Sowjetrepublik für die Sache Marx' und Lenins zu dienen.“ Die letzte Ausgabe des **Bulletin** veröffentlichte einen Appell „Für die Verteidigung der UdSSR“.

Lest die wahre Geschichte des Kampfes der Trotzkiisten für die militärische Verteidigung der Sowjetunion, für Sowjetdemokratie und internationale proletarische Revolution!

Auf Russisch  
**Band I 1929–1930**      **Band III 1934–1937**  
**Band II 1931–1933**    **Band IV 1938–1941**  
 Herausgeber: Monad Press  
**Preis: US \$180** (Vier Bände inkl. Versand)

**Zu beziehen über:**  
 Spartacist, PO Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

# Lenin und Trotzki...

Fortsetzung von Seite 9

„Völkergefängnis“. Stalin paßte sich jedoch mit seiner nationalistischen Perspektive an den großrussischen Chauvinismus an und ließ ihn neu aufleben. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, als er die Besten des sowjetischen Offizierskorps ermordete, rehabilitierte er die russische orthodoxe Kirche – vor der Revolution ein Nest des Antisemitismus –, als ein Instrument, den Patriotismus zu propagieren. Als der Krieg ausbrach, hatte Stalins Politik einen solch katastrophalen Effekt gehabt, daß große Teile der ukrainischen und einiger anderer nichtrussischen Völker tatsächlich den Einmarsch der Nazis begrüßten. Als Rache ließ Stalin dann ganze Völker aus ihren Landesgebieten deportieren. Um dem Anwachsen des rechten Nationalismus entgegenzutreten, der durch Stalins Politik angefangen wurde, erhob Trotzki 1939 die Forderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Sowjet-Ukraine. Für Marxisten ist das Recht auf nationale Selbstbestimmung, so gerechtfertigt es auch sein mag, dem Klassenprinzip der Verteidigung der proletarischen Staatsmacht gegen die kapitalistische Restauration untergeordnet.

## Widersprüche der Perestroika

Als Arbeiter auf einer Kolchose in Kasachstan vor kurzem das neue Gesetz über die Wahl der Manager nutzten, um einen kleinen Tyrannen per Abstimmung hinauszubefördern, begann der rausgeworfene Direktor einen Hungerstreik im Bezirkshauptquartier der Kommunistischen Partei. Er klagte gegen „grobe Verletzungen der ... existierenden Regeln der Nomenklatura“, dem System der Besetzung von Managerposten anhand von Listen der von der Partei gebilligten Funktionäre (*Financial Times*, 21. Oktober 1987).

Aber der Widerstand gegen die Perestroika beschränkt sich nicht auf ängstliche Apparatschiks, der Widerstand der Arbeiterklasse macht sich auch bemerkbar. *Moscow News* (Nr. 38, 27. September 1987) berichtete von einem Streik der Busfahrer in Tschschow, etwa 64 Kilometer vor Moskau, wegen einer Änderung des Lohnsystems. Dies war so ungewöhnlich, daß sie nicht wußten, wie sie es nennen sollten; so wurde der Artikel mit „Vorfall“ überschrieben. Die Reaktion der Bürokratie war ebenfalls bemerkenswert: Innerhalb von 90 Minuten bekamen sie hochrangige regionale Führer in die Bushallen, um die Situation abzukühlen, und der Manager wurde vor das Parteikomitee der Stadt geschleppt und verurteilt. Einen Monat später gab es einen Bericht über einen dreitägigen Streik im Buswerk von Likino. Diesmal titelte *Moscow News* (Nr. 42, 25. Oktober) „Ein Notfall“ und gab eine Arbeitsniederlegung zu. Wo sie vor einer Erhöhung des Arbeitstempos, Einführung von Stücklöhnen, Lohnunterschieden wie unter dem „Stachanow-System“ und der Aussicht auf Inflation und Arbeitslosigkeit stehen, „engagieren“ sich manche Teile der sowjetischen Arbeiterklasse in bezug auf Perestroika in einer Weise, die Gorbatschow & Co. nicht beabsichtigt hatten.

Schon zu der Zeit der Gewerkschaftsdebatte im Winter 1920/21 wies Lenin darauf hin, daß Sowjetrußland ein „Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen“ ist („Die



Das oberste Befehlskommando der Roten Armee, einschließlich Marschall Tuschatschewski (zweiter von links, oben). Stalin liquidierte die Elite des sowjetischen Offizierskorps am Vorabend der Invasion durch Nazi-Deutschland

Krise der Partei“, Januar 1921, *Werke* Bd. 32, S. 32). Daher, sagte er, müssen die Kommunisten „diese Arbeiterorganisationen zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter ausnutzen“ („Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki“, Dezember 1920, *Werke* Bd. 32, S. 7). Nach mehr als 60 Jahren der politischen Dominierung der Sowjetunion durch die Stalinisten ist der Kampf für Gewerkschaften, die von der bürokratischen Kontrolle unabhängig sind, für Fabrikräte, die Arbeiterkontrolle der Produktion an der Basis einführen, ein Eckstein des Kampfes für Sowjetdemokratie und muß auf der Grundlage der Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums geführt werden.

Um das Mißtrauen der Arbeiterklasse gegen die Perestroika zu dämpfen, macht das Gorbatschow-Regime viel Lärm über „Demokratisierung“ auf Betriebsebene. *Soviet Life* (August 1987) betonte die Wahl eines Fabrikdirektors eines Minibus-Werks in Riga (Lettland), in der der gewählte Kandidat vom technischen und Verwaltungspersonal unterstützt wurde und statt höherer Löhne oder besserer Wohnungen eine Steigerung der Leistungsfähigkeit versprach.

Aber es gibt einen eingebauten Widerspruch: Was passiert, wenn Arbeiter gegen die Erhöhung des Arbeitstempos stimmen, gegen Entlassungen und größere Lohndifferenzierung? Und wenn sie ihre Fabrikdirektoren wählen können, werden sie recht schnell auch die Wahl der höheren Posten verlangen. Indem das Gorbatschow-Regime den sowjetischen Arbeitern den Schein der Demokratie am Ort der Produktion anbietet, hat es den Weg zu der Forderung nach tatsächlicher Arbeiterdemokratie freigemacht – dem Wiederaufbau wirklicher Sowjets (Arbeiterräte) und der Wiederherstellung der Entscheidungsgewalt der arbeitenden Bevölkerung, deren Macht von den Stalinisten usurpiert wurde.

## Die sowjetischen Archive gehören den Völkern der Sowjetunion!

Während der Zentralkomiteesitzung im Januar 1987, auf der Gorbatschow zum ersten Mal seine Politik der Perestroika darlegte, verband er sie eng mit Glasnost. Er stellte fest, die Ursachen für die Periode der Stagnation „liegen weit zurück. Sie wurzeln noch in einer konkreten historischen Situation, in der aufgrund bekannter Umstände die lebendige Diskussion und das schöpferische Denken ... verschwanden“. Hinter dieser euphemistischen Bezugnahme auf Stalin wird eine wütende Debatte über Fragen der sowjetischen Geschichte geführt. Ganz anders als in der „Entstalinisierungskampagne 1956, der schnell sorgfältig gezogene Grenzen gesetzt wurden, greifen sowjetische Historiker, Autoren, Journalisten und andere energisch tabuisierte Themen an. Schon im letzten Winter druckte *Moscow News* (25. Januar 1987) lange Auszüge aus Lenins „Testament“, einschließlich der Erklärung, daß Stalin vom Posten des Generalsekretärs entfernt werden sollte.

Dann veröffentlichte im April die bekannte literarische Zeitschrift *Nowy mir* (Neue Welt) „Der Brester Friede“ von dem Dramatiker Michail Schatrow. In diesem Werk, das am 7. November am Wachtangow-Theater in Moskau uraufgeführt werden sollte, werden Trotzki, Bucharin und Sinowjew mehr oder weniger historisch korrekt dargestellt in den

Debatten innerhalb des bolschewistischen Zentralkomitees über die Unterzeichnung des Brester Friedensabkommens, das Sowjetrußland 1918 dem imperialistischen Weltkrieg entzog. (Jedoch wird Lenin lächerlicherweise, um die Anklage gegen Trotzki als „Ultralinken“ zu stützen, als Vater der „friedlichen Koexistenz“ dargestellt.) Die Inszenierung dieses Stückes in Moskau zersprengt das Lügegebäude der Moskauer Prozesse, weil Lenins Waffengefahrten, die von Stalin verleumdet und ermordet wurden, aufgehört haben, „Unpersonen“ zu sein.

Unter den alten Bolschewiki ist es Bucharin, wie die Pariser sozialdemokratische Zeitung *Libération* bemerkte, der „am einfachsten wiederingegliedert werden kann“. Bucharins Aufruf an die Bauern, „bereichert euch“, ist die Botschaft, die manch marktorientierter Reformist heute verbreiten will, um das Wachstum einer Schicht von Kleinkapitalisten zu ermutigen: Sein Name ist verbunden mit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) der zwanziger Jahre. Nicht Bucharin, sondern Lenin verfaßte die NEP – und Trotzki ging Lenin voraus mit dem Vorschlag der „Naturalsteuer“, was die wirtschaftliche Basis für die Wiederetablierung der „Smychka“ war, des Bündnisses der Arbeiter und Bauern. Bucharin jedoch wandelte diese Politik, die zur Erholung von dem Ruin des Bürgerkriegs und den Extremen des Kriegskommunismus nötig war, in ein Programm um: Er widersetzte sich der notwendigen Kollektivierung der Landwirtschaft und bestand darauf, daß die Industrialisierung im Schnecken tempo vorangehen müsse. Trotzki wies darauf hin, daß die Sowjetunion nicht endlos Zeit habe; wenn die dringenden Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus nicht angegangen würden, wäre die Sowjetunion nicht in der Lage, dem wirtschaftlichen und militärischen Druck des Weltimperialismus standzuhalten.

Nachdem Bucharin 1929 als Vorsitzender der Komintern gekippt und aus dem Politbüro geworfen wurde, unterwarf er sich Stalin, wurde später zum Herausgeber der *Iswestija* ernannt und schrieb sogar zwei Jahre vor seiner Hinrichtung Stalins Verfassung. So diente Bucharin mehrmals als der hauptsächliche ideologische Apologet des Stalin-Regimes.

Was jedoch Trotzki betrifft, trifft man in der Diskussion in Gorbatschows Rußland auf alle möglichen und unmöglichen Positionen. Anfang Juli schrieb der Herausgeber der *Moscow News*, Jegor Jakowlew, einen langen Artikel in der *Iswestija* (12. Juli 1987) über „Die erste Regierung“ der Sowjetrepublik, als Startschuß für die Serie „So fingen wir an“. Unter denen, die den „Helden und Märtyrern der Revolution“ zugerechnet wurden, führt er unter „Auswärtige Angelegenheiten – L. D. Bronstein (Trotzki)“ an. Am 20. September zitierte der leitende politische Kommentator der *Iswestija*, Aleksandr Bowin, in einem anderen Artikel der gleichen Serie ausgiebig aus der machtvollen Rede Trotzki, als er aus den Brester Friedensverhandlungen auszog:

„Wir hoffen – sagte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten –, daß in Kürze die ausgebeuteten Massen aller Länder die Macht in ihre Hände nehmen, wie es die arbeitende Bevölkerung von Rußland getan hat. Wir ziehen unsere Armeen und unser Volk aus dem Krieg zurück...“

Gleichzeitig erklären wir, daß die Bedingungen, wie sie uns durch die Regierungen von Deutschland und Österreich-Un-

garn unterbreitet wurden, prinzipiell den Interessen aller Völker entgegenstehen.“

Gleichermaßen bedeutsam war die Veröffentlichung einer Fotokopie von Instruktionen des Außenministers Trotzki an den sowjetischen Gesandten in Skandinavien in dem täglich erscheinenden Bulletin des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, *Westnik* (Bote). Neben Ermahnungen, Waffenstillstandsverhandlungen als revolutionäres Instrument zu benutzen, beharrt der Brief auf dem Widerstand der Bolschewiki gegen die Geheimdiplomatie: „Die Offenheit“ (Glasnost) „aller Verhandlungen ist für uns natürlich eine Prinzipienfrage“ (*Christian Science Monitor*, 4. September 1987).

Für die „Konservativen“ war all das offensichtlich zuviel, und noch vor Ende des Monats gingen sie zum Gegenangriff über. Am 28. September wurden virulent antitrotzkistische Schmähreden sowohl in *Sowjetskaja Rossija*, der Zeitung der Russischen Republik, als auch in *Trud*, der Tageszeitung der Gewerkschaften, veröffentlicht.

*Der Spiegel* (27. Juli 1987) berichtete von einer Veranstaltung, in der ein großer Tumult entstand, als der Direktor des Moskauer Instituts für Geschichte und Archivwesen Yuri Afanassjew sagte, daß er für die Veröffentlichung der Werke Trotzki sei. Den Berichten zufolge brüllte ein Parteiveteran: „Sie haben Trotzki gelesen und sitzen hier bequem. Wissen Sie, wie viele Leute deshalb nach Sibirien gekommen sind?“ Obwohl einiges an Information über Stalins Verbrechen an die sowjetische Bevölkerung „durchgesickert“ ist, ist das Studium der tatsächlichen Geschichte der Stalin-Jahre nur einem kleinen Teil der Apparatschiks, Propagandisten und Akademikern mit privilegiertem Zugang zu den offiziellen Archiven gestattet.



Nikolai Bucharin

Il Mondo

Laßt die sowjetische Bevölkerung die Wahrheit wissen – öffnet die Archive! Sowjetische Publikationen diskutieren und denunzieren jetzt seitenweise Trotzki und den Trotzkiismus. Laßt die Bevölkerung der Sowjetunion selbst entscheiden – veröffentlicht Trotzki's Schriften in Rußland!

## Verteidigt die Sowjetunion – Für revolutionären Internationalismus!

Das dritte Standbein der Politik Gorbatschows, zusätzlich zu Glasnost und Perestroika, ist es, noch stärker auf „Entspannung“ mit dem US-Imperialismus hinzuwirken. Ein Gipfeltreffen zwischen dem sowjetischen Führer und Präsident Reagan wurde für den 7. Dezember letzten Jahres in Washington angekündigt, auf dem ein Abkommen unterzeichnet werden soll, das Kurz- und Mittelstreckenraketen abschaffen soll. Die US-Regierung hat sich wiederholt geweigert, ihre Pläne für Weltraumwaffen, die die nukleare Erstschlagskapazität gegen die Sowjetunion wiederherstellen sollen, irgendwie zu begrenzen. Nach ein paar Tagen des Hin und Her kündigte der Kreml seine Zusage zu einem Gipfel ohne irgendwelche amerikanischen Verpflichtungen an.

Die Pentagon-Spitzen verkaufen mittlerweile den Vertrag mit der Begründung, daß er

## WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

DM 45,- for 24 issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:

Verlag Avantgarde

Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Postgirokonto Ffm 119 88-601



Nowosti



Nachdem der Kreml Truppenreduzierungen angekündigt hat, ziehen sowjetische Soldaten aus Afghanistan ab (links). 1980: Spartacist Tendenz begrüßt Rote-Armee-Intervention gegen feudalistische Fanatiker

Reagans ursprüngliche „Null-Lösung“ sei, die 1981 vorgeschlagen wurde, als die NATO gerade vor der Stationierung der Pershing 2 in Westdeutschland stand, nur acht Flugminuten von Moskau entfernt. Dieser Plan war derart vorteilhaft für den Westen – er verpflichtete die Sowjetunion, viele hundert Raketen mehr aufzugeben als die USA –, er war so ausgedacht, daß er durch Moskau zurückgewiesen werden mußte, was auch geschah. Außerdem planen die USA, den Abzug der Pershings durch zusätzliche Bomber und andere Waffen wieder auszugleichen. Wieder einmal ist „Rüstungskontrolle“ im Mund der Amerikaner ein Schwindel, der dazu dient, die Entwicklung neuer Waffensysteme voranzutreiben. *Die Sowjetunion sollte alle Waffensysteme gleich welcher Art bauen und erwerben, die sie für ihre Verteidigung braucht!*

Die Kremlbürokratie fürchtet zu Recht die Aussicht auf einen Nuklearkrieg, eine Angst, die geteilt wird von der Masse der Sowjetvölker, die gesehen haben, wie während des Bürgerkriegs und noch einmal während des Zweiten Weltkriegs ihr Land verwüstet und Millionen getötet wurden. Aber viele in der Sowjetunion verstehen, daß die Beschwichtigung der irrenhausreifen Nuklearbesessenen im Weißen Haus nicht der Weg zum Frieden ist.

Nur ein sehr törichter Mensch würde im Prinzip daran Anstoß nehmen, daß die UdSSR mit den Imperialisten verkehren muß, solange sie existieren und wichtige Teile des Planeten beherrschen. Aber es ist gewollte Blindheit – die aus dem konservativen Programm der russischen Bürokratie herrührt –, nicht zu erkennen, daß die amerikanischen Imperialisten niederträchtige, unversöhnliche Gegner jeder Revolution sind, die die kapitalistische Ausbeutung beseitigt hat. Das militärische Programm der USA zielt darauf ab, den Willen der UdSSR zu brechen. In diesem Zusammenhang sind die Anstren-

gungen von Gorbatschow & Co., den Imperialismus zu beschwichtigen, doppelt gefährlich. Der einzige Weg zum Frieden führt über erfolgreiche Arbeiterrevolutionen, die die Machtbasis der Imperialisten schmälern, bis ihnen die Macht schließlich ganz genommen wird. Wie es Lenin in seinem ZK-Bericht auf dem 8. Parteitag März 1919 erklärte: „die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird entweder das eine oder das andere siegen“ (*Werke* Bd. 29, S. 138).

Einmütig sind die Anhänger der amerikanischen Demokratischen Partei und die Reagan-Leute der Republikanischen Partei über eines, nämlich, daß „Afghanistan ... der Test“ für den guten Willen Moskaus ist. Sie wollen den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus diesem strategisch bedeutsamen Land an der Südflanke der UdSSR erzwingen, so daß die von Mullahs geführten Reaktionen – die zivile Flugzeuge mit amerikanischen Stinger-Raketen abschießen – ihren Dschihad gegen jegliche Form sozialen Fortschritts durchführen können. Letzten Januar rief der afghanische Führer Nadschibullah zu einer Regierung der „nationalen Aussöhnung“ auf. Aber es kann und wird nie „Aussöhnung“ mit diesen CIA-finanzierten Feudalisten geben, die „Tod dem Kommunismus“ und allen Kommunisten schwören.

Die Schlachtlinie zwischen sozialem Fortschritt und mittelalterlicher Reaktion ist in Afghanistan mit Blut gezogen, insbesondere was die Lage der Frauen angeht. Ein kürzlich veröffentlichter, aufschlußreicher Artikel im Londoner *Independent* (10. Oktober 1987) stellte fest, daß der Versuch des linken kleinbürgerlichen Regimes in Kabul, den Verkauf von Kinder-Bräuten zu unterbinden, Frauen vom Schleier (einer vollständigen Umhüllung vom Kopf bis zu den Zehenspitzen) zu befreien und Alphabetisierungskurse für Frauen einzurichten, „ein bedeutender Faktor für die Anfachung der ländlichen Rebel-

lion“ war. Jetzt, „entsprechend der neuen Politik der nationalen Aussöhnung ... wurden aggressive Kampagnen für die Rechte der Frauen auf die lange Bank geschoben.“ Aber der bereits erreichte Fortschritt kann nicht ohne Blutvergießen wieder rückgängig gemacht werden. Besonders in den Städten hat sich die Zahl der Frauen in Schulen und Arbeitsstätten dramatisch erhöht; mehr als die Hälfte der Studenten der Kabuler Universität sind Frauen. Wenn Gorbatschow Afghanistan opfern würde, um Washington zu besänftigen, wäre der Preis ein Blutbad unter den afghanischen Frauen durch die fanatischen afghanischen Fundamentalisten.

Afghanistan wurde das Herzstück der anti-sowjetischen „Menschenrechts“-Kampagne des demokratischen US-Präsidenten Carter und der Vorwand für den amerikanischen Boykott der Moskauer Olympiade. Die internationale Spartacist Tendenz erklärte geradeheraus „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und rief auf: „Weitet die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!“ Dieser Wunsch wird von vielen in der Sowjetunion geteilt, insbesondere von Veteranen des Afghanistan-Kriegs, die zunehmend selbstbewußt werden. Ein amerikanischer Bibliothekar schrieb an die *New York Times* (30. August 1987), daß er in Leningrad eine lebhafteste Demonstration von Veteranen des Afghanistan-Kriegs gesehen habe, die an einer Gedenkstätte für die in der Verteidigung der Oktoberrevolution Gefallenen des Bürgerkriegs einen Kranz niederlegten. Berichte gab es auch über eine kürzliche nichtgenehmigte Veranstaltung von Afghanistan-Veteranen in Aschchabad in Sowjet-Zentralasien.

In einem vor kurzem in der *Prawda* erschienenen Artikel über Leserbrief zu Afghanistan drückte ein Leser, der Vater von Sergeant Juri Schewtschenko, der im Kampf in Afghanistan starb, eine oft zu hörende Beschwerde aus und verlangte Anerkennung

des Opfers seines Sohnes auf dem Grabstein: „Warum kann darauf nicht stehen, daß er bei der Erfüllung seiner internationalen Pflicht in Afghanistan starb? Wovor schämen wir uns denn?“ (monatliche englische Ausgabe der *Prawda*, 10. März 1986). Wovor sich die Kreml-Spitzen schämen, ist alles, was nach „Export der Revolution“ schmeckt, der Stalin abschwor. In seiner Rede vor dem 27. Parteitag der KPdSU 1986 denunzierte auch Gorbatschow die „trotzkistische“ Ketzerei des „revolutionären Krieges“ und fügte hinzu: „Wir sind auch heute zutiefst überzeugt: Eine Revolution von außen anzupfeitschen, erst recht mit militärischen Mitteln, ist sinnlos und unzulässig“ (*Sowjetunion zu neuen Ufern?*).

Im Gegensatz zu denen, die ihn heute als „Friedliche-Koexistenz“-Freak darstellen wollen, war Lenin Autor von dem Teil des Parteiprogramms vom März 1919, der die Abrüstung unter dem Kapitalismus als „reaktionäre spießbürgerliche Illusionen kleinbürgerlicher Demokraten“ zurückweist und stattdessen zur „Bewaffnung des Proletariats und Entwaffnung der Bourgeoisie“ aufruft („Einführung zum Programm: Auf dem Gebiet der Militärarbeit“, *Werke* Bd. 29, S. 114). Die Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki) hatte sich schwarz auf weiß verpflichtet, den Sieg über den Kapitalismus „sowohl im inneren Bürgerkrieg als auch in internationalen revolutionären Kriegen“ zu erringen. Heute kann es nicht anders sein, wo doch die Imperialisten, deren letztendliches Ziel die Zerstückelung der UdSSR und das Rollback der revolutionären Errungenschaften von 1917 ist, von Mittelamerika über Indochina bis Afghanistan die *Konterrevolution exportieren*.

Die Sinnlosigkeit, die unnachgiebigen imperialistischen Feinde der Sowjetunion zu beschwichtigen, wurde durch das katastrophale Ergebnis des Vertrauens Stalins in seinen Pakt mit Hitler gezeigt. Die Spaltung zwischen Stalinismus und Bolschewismus ist fundamental: Die Linie wurde mit Blut gezogen, nicht nur dem Blut der alten Bolschewiki, das durch Stalins Terror innerhalb der UdSSR vergossen wurde, sondern auch mit dem Blut der fehlgeschlagenen und verratenen proletarischen Kämpfe, von China und Spanien bis zu Nicaragua oder Südafrika heute, wo das empfundene Verlangen der unterdrückten Massen nach der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft förmlich nach einer unnachgiebigen *revolutionären Führung* schreit.

Trotzkis Schlußfolgerung, geschrieben 1940, ist heute immer noch gültig, wo der Imperialismus eine nukleare „Operation Barbarossa“ gegen das Heimatland der Oktoberrevolution vorbereitet: „Nur die Weltrevolution kann die UdSSR für den Sozialismus sichern. Aber die Weltrevolution trägt die unausweichliche Auslöschung der Kreml-Bürokratie mit sich.“ *Keht zum Weg Lenins und Troztkis zurück!*

Übersetzt aus Spartacist, englische Ausgabe Nr. 41/42 (Winter 1987/88)

## Afghanistan ...

Fortsetzung von Seite 5

in Moskau ein Monument zu errichten, um der Sowjetsoldaten zu gedenken, die im Kampf gegen die afghanischen Contras der CIA gefallen sind. In einem Brief an die *Prawda* fragte der Vater von Sergeant Juri Schewtschenko, der in Afghanistan fiel, warum das heroische Opfer seines Sohnes nicht auf dem Grabstein eingemeißelt werden kann: „Warum kann darauf nicht stehen, daß er bei der Erfüllung seiner internationalen Pflicht in Afghanistan starb? Wovor schämen wir uns denn?“ (monatliche englische Ausgabe der *Prawda*, 10. März 1986). Dem stalinistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ verpflichtet, „schämen“ sich Gorbatschow & Co. vor allem, was nach revolutionärem Internationalismus riecht, weil es sie hindert, ihre reaktionäre Illusion der „Entspannung“ mit den Imperialisten zu verfolgen. Auf dem 27. Kongreß der Kommunistischen Partei 1986 verdammt Gorbatschow jegliches Konzept des „revolutionären Krieges“ als „trotzkistische“ Ketzerei.

Währenddessen exportieren die kriegswütigen Verrückten im Weißen Haus konterre-

volutionäre Kriege in die ganze Welt, und die afghanischen Aufständischen haben die größte Unterstützung bekommen. Während des vergangenen Jahres wurden sie mit etwa 660 Millionen Dollar finanziert – sechsmal soviel, wie die nicaraguanischen Contras bekamen – und 1988 soll dies auf eine Milliarde Dollar ansteigen.

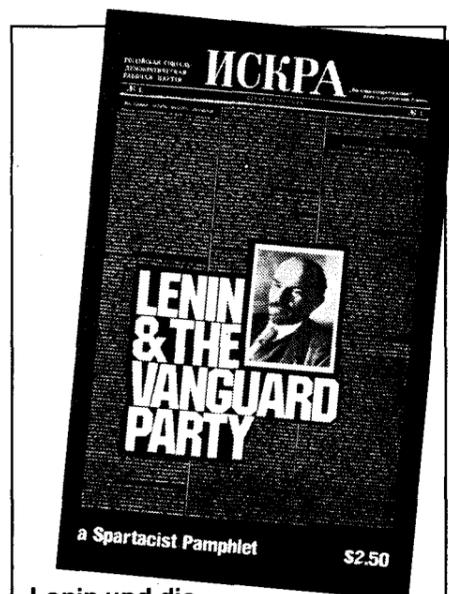
Jede Hoffnung, mit dieser Bande von Kalten Kriegern friedlich zu koexistieren, ist lächerlich. Ein Editorial im *Wall Street Journal* (8. Dezember 1987) argumentierte, daß Gorbatschows Absicht, aus Afghanistan abzuziehen, nicht ehrlich sein könnte, weil „er nicht viel darüber gesagt hat, sich aus Osteuropa zurückzuziehen!“ Das nächste wird wohl sein, daß sie Sachalin und die Kurilen für Japan beanspruchen, und die Kamtschatka-Halbinsel und Wladiwostok, um Rußland im Fernen Osten abzuriegeln. Und wo soll das aufhören? Wo hörte es 1918 auf – nirgendwo! Die sowjetische Rote Armee machte Schluß damit.

Die US-Imperialisten versuchen nicht durch lächerliche Landansprüche, die Sowjetunion zu zerstören und zu zstückeln, sondern durch wirtschaftlichen Druck, Destabilisierung und Krieg, um die revolutionären Errungenschaften der bolschewistischen Revolution 1917 umzustürzen und kapitali-

stische Ausbeutung durch „freie Marktwirtschaft“ wiederherzustellen. Die UdSSR ist militärisch zu stark und die Loyalität der sowjetischen Bevölkerung zu tief, als daß sie jetzt einen direkten Angriff wagen würden. Also greifen sie an der Peripherie der Sowjetmacht an. Mit dem Versprechen, die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen, opfern Gorbatschow & Co. nicht nur das Leben von Millionen Afghanen auf dem Altar der „Entspannung“, sie lassen außerdem die Sowjetunion ungeschützt gegen imperialistische Provokationen und Angriffe an dieser entscheidenden Südflanke.

Nur ein vollständiger sowjetischer Sieg über die Mullahs kann den afghanischen Völkern Frieden und die Aussicht auf nationale und soziale Befreiung bringen. Um durchzuführen, was viele in der Sowjetunion, dem Heimatland der Oktoberrevolution, zu Recht als ihre internationale Pflicht in Afghanistan ansehen, ist eine proletarisch-politische Revolution in der UdSSR gegen die Kreml-Oligarchie notwendig, die die revolutionären internationalistischen Traditionen von Lenins und Troztkis Bolschewiki wiederherstellt.

Übersetzt nach Workers Vanguard, Nr. 444, 15. Januar



Lenin und die Avantgardepartei DM 5,- (auf Englisch) (122 Seiten)

Eine Analyse der Entwicklung der leninistischen Parteikonzeption bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale. Zu beziehen über Redaktionsanschrift

## 70. Jahrestag der Russischen Revolution

# Kehrt zum Weg Lenins und Trotzki zurück!

Vor sieben Jahrzehnten fand das epochemachende Ereignis unserer Zeit statt, die russische Oktoberrevolution 1917. Als der Kreuzer *Aurora* seine Kanonen auf das Winterpalais richtete, brach für die Menschheit eine neue Zeit an. Zum ersten Mal wurde das Programm der proletarischen Revolution in Fleisch und Blut umgesetzt. Unter der Führung der bolschewistischen Partei von Wladimir Iljitsch Lenin und Leo Trotzki ging die politische Macht in die Hände der Arbeiterklasse über. Mit seinem ersten Beschluß überreichte der Sowjetkongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten den Bauern Land und bot allen kriegführenden Nationen einen gerechten und demokratischen Frieden an, um dem Gemetzel des Ersten Weltkriegs ein Ende zu bereiten. Als die Delegierten sich erhoben, um die Internationale zu singen – „Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt!“ –, war das der Schlachtruf für die sozialistische Weltrevolution. Siebzig Jahre später ist die bolschewistische Revolution immer noch der größte Sieg für die Arbeiter aller Welt.

Die Russische Revolution war die praktische Bestätigung von Trotzki's Theorie der „Permanenten Revolution“ – daß nämlich in zurückgebliebenen Ländern wie Rußland die Aufgaben, die historisch mit der bürgerlich-demokratischen Revolution verknüpft sind, nicht durch die schwache Bourgeoisie vollendet werden können, sondern es erfordern, daß das Proletariat an der Spitze der unterdrückten Massen die Staatsmacht ergreift. Dieses Verständnis ermöglichte es Trotzki, auf der Seite Lenins zu stehen gegen Sinowjew und Kamenjew (und anfänglich Stalin), die vor der Möglichkeit, die Macht zu erringen, zurückschreckten und die sich weigerten, über den Kampf für bürgerliche Demokratie hinauszugehen.

Jedoch war ohne die erhoffte Unterstützung durch siegreiche Revolutionen in Westeuropa der eben flügge gewordene sowjetische Staat von einer feindlichen kapitalistischen Welt umzingelt. Unter diesen Bedingungen – nach mehreren verzweifelten Jahren des alles verschlingenden Bürgerkriegs, dem Verlust an Industrie, dem Zerfall der Eisenbahnen und Hungersnot in den Städten und auf dem Land – entwickelten sich Tendenzen hin zu Demoralisierung und Entpolitisierung unter den arbeitenden Massen und zu einem bürokratischen Kommandosystem und dem Verlust von programmatischen Idealen und revolutionärer Zuversicht unter den Kadern des neuen Arbeiterstaats. Diese Tendenzen gipfelten in einer *politischen Konterrevolution*, die ihren obersten Führer in Josef Stalin fand und ihr Programm in dem Dogma vom „Sozialismus in einem Land“. Die nach Lenins Tod von Trotzki verkörperten Kräfte des revolutionären Internationalismus wurden besiegt und später physisch vernichtet.

Trotzdem blieben grundlegende Errungenschaften der bolschewistischen Revolution bis zum heutigen Tage erhalten, insbesondere die kollektivierte Wirtschaft, die aufgebaut wurde, indem die Produktivkräfte aus den Händen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gerissen wurden. Seit dem November 1917 haben die Imperialisten immer



Der Rote Platz in Moskau, 7. November 1919: W. I. Lenin und Leo Trotzki, Führer der bolschewistischen Revolution, anlässlich des zweiten Jahrestags

versucht, kapitalistische Ausbeutung in der UdSSR wieder einzuführen. Heute, wo ein kriegswütiger Verrückter im Weißen Haus davon träumt, Rußland „in fünf Minuten zu bombardieren“, ist die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution mehr denn je eine Pflicht für jeden klassenbewußten Arbeiter.

### Stalins Erben und Stalins Verbrechen

Um die Herrschaft der bürokratischen Kaste zu sichern, mußte Stalin die gesamte bolschewistische Führung zerstören. Vor 50 Jahren führte er mit den berüchtigten Moskauer Prozessen und der Großen Säuberung eine Schreckensherrschaft ein, in der das gesamte Zentralkomitee der Revolution – Trotzki, Sinowjew, Kamenjew, Bucharin und die anderen – ausgelöscht und am Vorabend von Hitlers Einmarsch in die Sowjetunion die Rote Armee enthauptet wurde.

Durch Chruschtschows Enthüllungen auf dem 20. Parteitag 1956 wurde der Vorhang über diesen infamen Jahren teilweise gelüftet, nur um gleich wieder fest geschlossen zu werden. Unter Breschnjew, als die UdSSR von farblosen alten grauen Männern regiert wurde, versank der Kreml in Lethargie, so daß manche nostalgisch sich der Jahre Stalins erinnern – wenigstens brannten im Kreml spät nachts noch die Lichter.

Nach einem vorsichtigen Start durch Andropow und einem Rückzug durch Tschernenko hat der Führer der sowjetischen

Kommunistischen Partei Michail Gorbatschow versprochen, das Land wieder in Bewegung zu setzen. Auf einmal gibt es im Westen ein großes Interesse an den Vorgängen im Rußland Gorbatschows. Die Wörter Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung) sind im politischen Sprachgebrauch so weit verbreitet, daß sie nicht einmal mehr aus dem Russischen übersetzt werden.

Ein Gutteil des Interesses an Gorbatschows Rußland spiegelt die sichtbaren Schwierigkeiten des amerikanischen Imperialismus wider. Da gibt es das Phänomen des „Gorbi Chic“: Jugendliche in London und New York, die T-Shirts mit Lenins Portrait, mit „СССР“ (UdSSR im kyrillischen Alphabet) tragen als großes „Ihr könnt uns mal“ gegen Ronald Reagan und Margaret Thatcher. Reagan geht immer weiter unter in den Nachbeben des Iran/Contragate-Fiaskos, liegt sich mit der Demokratischen Partei über Innenpolitik in den Haaren, wurde über den mittelamerikanischen „Friedensplan“ ausmanövriert und bedroht die Iraner und die Welt mit seinem irrationalen Abenteuer im Persischen Golf. Und um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, gibt es den Börsenkrach – ein gewaltiges Mißtrauensvotum der Kapitalisten in die imperialistische Führung. Nach dem „Schwarzen Montag“ zitierte das *Wall Street Journal* eine bissige Bemerkung von der Wall Street: „Nichts von alledem wäre passiert, wenn Reagan noch Präsident wäre.“ Hitlers „Tausendjähriges Reich“ war nach 12 Jahren am Ende; die Reagan-Revolution hat nur halb so lange gedauert.

Um den 70. Jahrestag der Russischen Revolution zu begehen, war vorgesehen, daß Gorbatschow einen Überblick über den gesamten danach folgenden Kurs der Sowjetunion gibt. Der Herausgeber der Wochenzeitschrift *Ogonjok*, dem zur Zeit führenden Organ von Glasnost in Moskau, sagte: „Gorbatschows Rede wird uns unsere Vergangenheit zurückgeben, sowohl die gute wie die schlechte, so daß wir unsere Zukunft schaffen können.“ Tatsächlich war die Rede, die am 2. November gehalten wurde, wesentlich zahmer, als es die meisten Leute erwartet hatten. Seine Zurückweisung von Stalins „repressiven Maßnahmen gegen eine Reihe von Parteiführern und Staatsmännern“ war abstrakt und leblos. Er nannte keinen einzigen, der als Opfer der erlogenen Beschuldigungen der Moskauer Prozesse hingerichtet wurde, mit Namen. Und ungeheuerlicherweise lobte Gorbatschow tatsächlich Stalins militärische Führung im Zweiten Weltkrieg.

Gorbatschow rühmte Stalin und Bucharin dafür, den Trotzkiismus besiegt zu haben – es war „notwendig, den Trotzkiismus vor dem ganzen Volk zu entlarven und sein antisozialistisches Wesen offenzulegen“ (*rote blätter*, November 1987). Gleichzeitig unterstützte er Stalin gegen die Rechte Opposition Bucharins in den späten zwanziger Jahren. Nach den ganzen Spekulationen der westlichen Presse, daß Gorbatschow offiziell Bucharin, Sinowjew und Kamenjew (und manche meinten, sogar Trotzki) „rehabilitieren“ würde, warf die Rede Sinowjew und Kamenjew vor, daß sie sich mit Trotzki verbündet hätten.

Fortgesetzt auf Seite 6